Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau

Schwerpunkt: Kompetenzen für den Umgang mit Desinformation

2. Aktualisierung des Berichts des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095 vom 14. November 2018

Bern, 21.09.2026

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI

Impressum

Herausgeber:	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI Einsteinstrasse 2, 3003 Bern
Redaktion:	Abteilung Strategie und nationale Beziehungen Ressort Bildungsraum Schweiz
Layout:	Kommunikation SBFI
Sprachen:	de, fr
Publikationsdatum:	21.09.2026

Kontakt
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Strategie und nationale Beziehungen
Ressort Bildungsraum Schweiz
Einsteinstrasse 2
3003 Bern
T +41 58 462 21 29
sbfi-brs@sbfi.admin.ch
www.sbfi.ch

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis I
Zusammenfassung II
1 Einleitung 1
1.1 Ausgangslage und Auftrag 1
1.2 Kompetenzen von Bund und Kantonen im Bildungsbereich 2
2 Desinformation 3
2.1 Desinformation in der digitalen Mediennutzung 3
2.2 Auswirkungen auf Individuum, Gesellschaft und Politik 6
2.3 Resilienz in der Schweiz 7
3 Ausbildung individueller Kompetenzen für den Umgang mit Desinformation 8
3.1 Politische Bildung und Partizipation 8
3.2 Medienbildung und -kompetenz 9
3.3 Digital Citizenship 11
4 Kompetenzförderung im formalen Bildungsbereich 14
4.1 Obligatorische Schule: Primar- und Sekundarstufe I 14
4.2 Sekundarstufe II 16
4.3 Tertiärstufe: Ausbildung von Lehrpersonen 18
5 Massnahmen im non-formalen Bildungsbereich 19
5.1 Bund und Kantone 19
5.2 Initiativen der Zivilgesellschaft 21
6 Schlussfolgerungen 22
7 Glossar 24
8 Abkürzungsverzeichnis 26
9 Bibliografie 27
Anhang 32

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dagstuhl-Dreieck nach «Dagstuhl-Erklärung: Bildung in der digitalen vernetzten Welt» . 10
Abbildung 2: Fünf Kompetenzbereiche und 21 Kompetenzen des DigComp 3.0 11
Abbildung 3: Modell des Europarates zu den Digital-Citizenship-Kompetenzen und tabellarische Auflistung der zehn Kompetenzbereiche 12
Abbildung 4: Auszug aus dem PER zur domaine disciplinaire «éducation numérique» 15

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ist die zweite Aktualisierung der bundesrätlichen Gesamtschau zur politischen Bildung in der Schweiz und widmet sich dem Thema Desinformation. Im Zentrum steht die Frage, wie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung durch politische Bildung und Medienbildung befähigt werden können, Informationen kritisch zu beurteilen, Desinformation zu erkennen, Strategien der Meinungsbildung zu entwickeln sowie am demokratischen Diskurs verantwortungsvoll teilzunehmen und damit ihre Resilienz zu stärken. Die obligatorische Schule liegt im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Im nachobligatorischen und ausserschulischen Bereich haben die Kantone und der Bund spezifische Aufgaben. Im Bericht wird Desinformation als Sammelbegriff für verschiedene Formen von Informationsverzerrung, einschliesslich falscher Tatsachenbehauptungen sowie absichtlich verwendeter Fehl- und Falschinformationen, verwendet – dies in Abgrenzung zur Vertretung unterschiedlicher politischer Meinungen und Werte, die keiner Verifizierung bzw. Falsifizierung unterliegen können und über die der demokratische Diskurs in keiner Weise gehemmt werden soll.

Digitale Plattformen, soziale Medien und insbesondere künstliche Intelligenz verändern Informationszugang, öffentliche Kommunikation und politische Meinungsbildung grundlegend. Nicht nur junge Menschen informieren sich zunehmend über soziale Medien, Messenger-Dienste und plattformbasierte Angebote, während klassische journalistische Informationsquellen an Reichweite einbüssen. Dadurch steigen Risiken wie Nachrichtenvermeidung, sinkendes Vertrauen in Medien und Institutionen sowie eine erhöhte Anfälligkeit gegenüber emotionalisierten oder manipulativen Inhalten. Desinformation gestützt auf Künstliche Intelligenz, Social Bots und Deepfakes erschweren zusätzlich die Unterscheidung zwischen verlässlichen und irreführenden Informationen. Gleichzeitig eröffnen digitale Technologien neue Möglichkeiten politischer Teilhabe, des Zugangs zu Wissen sowie kollaborativer und kreativer Lernformen und können junge Menschen in ihrer gesellschaftlichen und politischen Partizipation stärken.

Politische Bildung fördert als transversales Bildungsziel Urteilsfähigkeit, demokratische Teilhabe und die kritische Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen. Medien- und Informationskompetenz befähigen Lernende, Informationen kritisch zu prüfen, Quellen einzuordnen und Mechanismen digitaler Technologien zu verstehen und sie verantwortungsvoll zu nutzen. Internationale Referenzrahmen wie «DigComp» der Europäischen Kommission oder das Konzept des Europarats zur «Digital Citizenship Education» können als wichtige Orientierungspunkte für die Entwicklung entsprechender Kompetenzen dienen.

Auf Stufe der sprachregionalen Lehrpläne der obligatorischen Schule führt der deutschsprachige Lehrplan21 bereits heute Medien und Informatik als fächerübergreifendes Modul mit Fokus auf Medienverständnis, Informatikgrundlagen und Anwendungskompetenzen auf. Der französischsprachige Plan d'études romand integriert mit der «éducation numérique» zusätzlich staatsbürgerliche und demokratiespezifische Dimensionen. Im Tessiner Piano di studio werden Medien und Informatik als transversales Thema behandelt und mit einem kritischen sowie verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Technologien verknüpft. Auch auf der Sekundarstufe II werden politische Bildung und Digitalität als überfachliche Bildungsziele ausgewiesen. Der neue Rahmenlehrplan für gymnasiale Maturitätsschulen betont Kompetenzen im Umgang mit Daten, digitalen Öffentlichkeiten und den gesellschaftlichen Folgen technologischer Entwicklungen. In der Berufsbildung wird politische Bildung durch die Verbindung von Unterricht und realen Arbeits- und Entscheidungsprozessen gefördert. Die politische und digitale Bildung wird in der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen zwar berücksichtigt, bleibt jedoch hinsichtlich der fachdidaktischen Vertiefung und der Vermittlung digitaler bürgerschaftlicher Kompetenzen im Umgang mit Desinformation heterogen ausgeprägt. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl an Initiativen von Bund, Kantonen und Zivilgesellschaft.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Schweiz über gute Voraussetzungen zur Förderung bürgerschaftlicher Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen verfügt. Ihr hohes Bildungsniveau, stabile demokratische Institutionen, eine vielfältige Medienlandschaft sowie die auf allen Bildungsstufen curricular verankerte Förderung politischer Bildung, Medienbildung, Informationskompetenz und digitaler Kompetenzen sind Teil davon. Gleichzeitig stellen die Dynamik digitaler

Informationsräume, das Potenzial von (generativer) Künstlicher Intelligenz und die Verbreitung von Desinformation Bildung und Gesellschaft vor anhaltende Herausforderungen. Die Förderung von Orientierungs-, Reflexions- und Urteilskompetenzen sowie demokratischer Teilhabe wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, an der sich nebst Bildungsinstitutionen und staatlichen Stellen auch Elternhaus, Zivilgesellschaft, Medien, Plattformbetreiber und weitere öffentliche Institutionen beteiligen müssen. Als mögliche Handlungsfelder werden die stärkere Verknüpfung politischer, medialer und digitaler Bildung, die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen, der Ausbau empirischer Wissensgrundlagen sowie die stärkere Koordination über die verschiedenen Zuständigkeiten und Bildungsbereiche hinweg identifiziert. Zudem ist zu betonen, dass die Stärkung der Resilienz gegenüber Desinformation ein langfristiges und koordiniertes Zusammenspiel von Individuen, Institutionen und Gesellschaft erfordert, das über einzelne Massnahmen und Akteure hinausgeht und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist.

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage und Auftrag

Mit dem Postulat 16.4095 «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» von Ständerat Andrea Caroni, wurde der Bundesrat beauftragt, einen Überblick über die nationale Landschaft der politischen Bildung zu erstellen. Der darauf erarbeitete Bericht «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau»[1] wurde vom Bundesrat im November 2018 verabschiedet und hielt fest, dass unter Wahrung der Zuständigkeiten und der Autonomie der beteiligten Akteure die Schweiz gefordert sei, die Demokratie auf allen Staatsebenen, national und international zu stärken, wobei auch die politische Bildung ihren Beitrag zu leisten habe. Der Bundesrat stellte Handlungsbedarf fest und beauftragte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), eine regelmässig zu aktualisierende Übersicht mit thematischen Schwerpunkten zu erstellen.

Im November 2021 veröffentlichte das SBFI eine erste Aktualisierung mit dem Titel «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau. Entwicklung 2018-2021 der politischen Bildung in der Schweiz».[2] Dieser Bericht fokussierte auf bewährte kantonale Praktiken sowie auf Entwicklungen in der politischen Bildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Jahren 2018 bis 2021.

Als zweite und letzte Aktualisierung beleuchtet der vorliegende Bericht den Themenschwerpunkt der «Desinformation» aus Perspektive der Bildung. Der Bericht wurde in enger Zusammenarbeit mit einer Begleitgruppe, bestehend aus Expertinnen und Experten des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM), des Staatssekretariats für Sicherheitspolitik (SEPOS), der Bundeskanzlei (BK), der kantonalen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), der Interkantonalen Fachkonferenz Citoyenneté (IFC) sowie des Zentrums für Demokratie Aarau und der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz erarbeitet und schliesst die Serie zur Gesamtschau zur politischen Bildung in der Schweiz ab.

Untersuchungsgegenstand und Ziel

Das Phänomen der Desinformation gilt als demokratiepolitisch und gesamtgesellschaftlich aktuelle Herausforderung, zu deren Bewältigung Schule und ausserschulische Bildungsangebote einen wichtigen Beitrag leisten können. Der Bericht fokussiert deshalb auf junge Menschen in Ausbildung bis und mit Sekundarstufe II sowie auf die Ausbildung angehender Lehrpersonen (Tertiärstufe) und untersucht die Rolle der politischen Bildung und Medienbildung im Umgang mit Desinformation. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern die formale schulische und die non-formale ausserschulische Bildung dazu beitragen, Informationen kritisch zu beurteilen, Desinformation zu erkennen, Strategien der (politischen) Meinungsbildung zu entwickeln und verantwortungsvoll am demokratischen Diskurs teilzunehmen, um die individuelle und gesellschaftliche Resilienz zu stärken.

Die Trennlinien zwischen «Desinformation» und verwandten Begriffen wie «Fake News» oder «Fehl-/Falschinformationen» sind teils unscharf und werden je nach wissenschaftlichem, politischem oder gesellschaftlichem Kontext unterschiedlich gezogen. Im vorliegenden Bericht wird Desinformation bewusst in einem breiten Sinn als Sammelbegriff verwendet. Er umfasst unterschiedliche Formen von Informationsverzerrung, einschliesslich «falscher Tatsachenbehauptungen» sowie «Falsch- und Fehlinformationen». Enger gefasste und wissenschaftlich orientierte Begriffsdefinitionen – auch weiterer relevanter Terme – sind im Glossar (s. Kapitel 7) aufgeführt.

Nach einer einleitenden Kontextualisierung zu den Auswirkungen von Desinformation auf Demokratie, Gesellschaft und Individuum und deren Einflüsse auf den demokratischen Meinungsbildungsprozess in Kapitel 2 leitet Kapitel 3 in die politische Bildung und Medienbildung ein und gibt einen Überblick zu internationalen Kompetenzrahmen im Bereich der sogenannten «digital citizenship» bzw. «digital

[1] Bundesrat, *Politische Bildung in der Schweiz - Gesamtschau. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095, Andrea Caroni, 15.12.2016*.
[2] Bundesrat, *Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau. Entwicklung 2018–2021 der politischen Bildung in der Schweiz*.

citizenship education». Das anschliessende Kapitel 4 untersucht, inwiefern in den Lehrplänen der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II entsprechende Lernziele formuliert sind und zeigt auf, welche Massnahmen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen (Kapitel 4.3) sowie in der Ausbildung von Akteuren der ausserschulischen Bildung bereits umgesetzt werden (Kapitel 5). In diesem Zusammenhang wurde auch die bisherige Bestandesaufnahme zu den bundesweiten Initiativen von politischer Bildung und BNE aktualisiert und um solche der Medienbildung ergänzt (s. Anhang). Kapitel 6 schliesst mit den wichtigsten Erkenntnissen und möglichen Handlungsfeldern.

Abgrenzung

An der Schnittstelle von Desinformation, politischer Bildung und Medienkompetenz öffnet sich ein breites Untersuchungsfeld, das zwar die gesamte Bevölkerung betrifft, aufgrund des bildungspolitischen Ansatzes jedoch eine klare Eingrenzung nötig macht. Entsprechend nicht Gegenstand der vorliegenden Dokumentation sind staatliche Interventionsstrategien zur Bekämpfung von Desinformation aus sicherheitspolitischer Perspektive[3], ethische Grundsatzdebatten, psychologische Resilienzkonzepte, theoretische Konzepte der Medien- und Informationsbildung, historische Analysen oder eine grundlegende Einführung in die politische Bildung in der Schweiz[4]. Desinformation ist zudem abzugrenzen von der Vertretung unterschiedlicher politischer Meinungen und Werte, die keiner Verifizierung bzw. Falsifizierung unterliegen können und über die der demokratische Diskurs in keiner Weise gehemmt werden soll.

Dieser Bericht richtet sich an sämtliche an der Thematik interessierten Personen.

1.2 Kompetenzen von Bund und Kantonen im Bildungsbereich

Im Bildungsbereich sorgen Bund und Kantone gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraums Schweiz (Art. 61*a* Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft [BV][5]). Für das Schulwesen und insbesondere die obligatorische Schule (Primar- und Sekundarstufe I) sind die Kantone zuständig (Art. 62 Abs. 1 BV), wobei die Kantone angehalten sind, die Eckwerte der obligatorischen Schule zu harmonisieren (Art. 62 Abs. 4 BV). Dieser Verfassungsauftrag wurde mit der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat)[6] umgesetzt.

Bund und Kantone sind gemeinsam für die schweizweit einheitliche Anerkennung gymnasialer Maturitätszeugnisse zuständig. Die Gymnasien fallen als Teil des Schulwesens grundsätzlich in die Zuständigkeit der Kantone (Art. 62 BV). Der Bund stützt seine Zuständigkeit auf den ETH- und Medizinalbereich (Art. 63*a* Abs. 1 und Art. 117*a* Abs. 2 Bst. a BV), konkretisiert im ETH-Gesetz[7] und Medizinalberufegesetz[8]. Die Ausführungsbestimmungen von EDK und Bundesrat finden sich im Reglement bzw. der gleichlautenden Verordnung über die Anerkennung gymnasialer Maturitätszeugnisse (MAR[9] bzw. MAV[10]); ihr gemeinsames Vorgehen regelt die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der EDK über die Zusammenarbeit im Bereich der gymnasialen Maturität[11]. Die EDK erlässt den gymnasialen Rahmenlehrplan (RLP) und regelt die gesamtschweizerische Anerkennung der Fachmittelschulabschlüsse samt Anerkennungsreglement und RLP.

Im Berufsbildungsbereich ist es Sache des Bundes, Vorschriften zu erlassen (Art. 63 BV). Das Berufsbildungsgesetz (BBG)[12] definiert dabei die Berufsbildung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Wirtschaft bzw. Organisationen der Arbeitswelt (vgl. Art. 1 Abs. 1 BBG). Gemeinsam setzen sich

[3] Vgl. Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.
[4] Für grundlegende Informationen zur politischen Bildung in der Schweiz wird auf die beiden in Fussnoten 1 und 2 genannte Berichte verwiesen.
[5] SR **101**.
[6] www.edk.ch > Dokumentation > Rechtstexte und Beschlüsse > Rechtssammlung > 1.2.
[7] SR **414.110**.
[8] SR **811.11**.
[9] www.edk.ch > Dokumentation > Rechtstexte und Beschlüsse > Rechtssammlung > 4.2.1.1.
[10] SR **413.11**.
[11] SR **413.18**.
[12] SR **412.10**.

die drei Partner für eine qualitativ hochstehende Berufsbildung ein und streben ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen und Bildungsgängen an. Das Schweizer Berufsbildungssystem ist so ausgelegt, dass es von der Wirtschaft getragen und mitverantwortet wird. Es beruht wesentlich auf der freiwilligen Beteiligung der Betriebe und Berufsverbände. In der beruflichen Grundbildung kommt nebst den beruflichen Inhalten auch der obligatorischen Allgemeinbildung eine wichtige Rolle zu. Der Bund erlässt hierfür den RLP.

Im Hochschulbereich bestehen parallele Kompetenzen von Bund und Kantonen (Art. 63*a* BV). Der Bund betreibt die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Art. 63*a* Abs. 1 BV), die Kantone die kantonalen Hochschulen. Bund und Kantone sorgen gemeinsam für die Koordination und Qualitätssicherung (Art. 63*a* Abs. 3 BV). Auf Bundesebene werden diese Aufgaben insbesondere mit dem Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG)[13] und dem Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz)[14] umgesetzt.

Der Bund hat weiter die Kompetenz, die Weiterbildung in den Grundsätzen zu regeln und zu fördern (Art. 64*a* BV; vgl. hierzu das Weiterbildungsgesetz [WeBiG][15]) und nach Art. 67 BV, in Ergänzung zu den kantonalen Massnahmen, die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen (s. Kapitel 5.1).

2 Desinformation

2.1 Desinformation in der digitalen Mediennutzung

Die öffentliche Kommunikation und Mediennutzung hat sich im Zuge der Digitalisierung vieler Lebensbereiche grundlegend verändert und verlagert sich zunehmend auf digitale Plattformen, deren Architektur von global agierenden Technologieunternehmen geprägt wird. Automatisierte algorithmische Systeme bestimmen mehr und mehr, welche Inhalte sichtbar werden, was die traditionelle «Gate-Keeper-Funktion» klassischer Medien abschwächt. Dadurch wird die Verbreitung von Desinformation vereinfacht und die Unterscheidung zwischen verlässlichen und irreführenden Inhalten erschwert. Jedoch bietet das Internet auch Nischen, in denen ein niederschwelliger Austausch gepflegt werden kann. Die Selektionsaufgabe liegt grösstenteils bei den Rezipierenden, die sich durch Klicks und Verweildauer an der Gewichtung (Viralität) von Informationen beteiligen. Dieser Wandel ist nicht allein technologisch bedingt, sondern reflektiert veränderte Nutzungsgewohnheiten: Informationen werden zunehmend situativ, mobil und personalisiert konsumiert.

Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung hin zu digitalisiertem Medienkonsum bei jungen Menschen. Sie sind stark in digitalen Kommunikationsräumen sozialisiert und nutzen soziale Medien überdurchschnittlich häufig zur Information und Meinungsbildung. Empirische Befunde zeigen, dass die Anzahl Personen, die keine herkömmlichen Nachrichtensendungen konsumiert, zunimmt.[16] Nur noch 22 % der 18- bis 24-Jährigen gaben im Jahr 2023 an, sich direkt über die Webseite oder App eines Zeitungsverlags zu informieren; gegenüber 53 % im Jahr 2015. Obschon die Familie, die Schule und der Freundeskreis weiterhin wichtige Informationsquellen darstellen, erfolgt ein grosser Teil der (politischen) Informationsaufnahme über soziale Netzwerke, während traditionelle Zeitungen deutlich an Relevanz verlieren.[17] 27,7 % der Befragten zwischen 18 und 24 Jahren nutzen soziale Medien als wichtigste Informationsquelle um sich über das Tagesgeschehen zu informieren; noch wichtiger sind Newssites (38.5 %).[18] Jugendliche ab 12 Jahren verbringen täglich mehrere Stunden online, wobei Unterhaltung und

[13] SR **414.20**.
[14] SR **414.110**.
[15] SR **419.1**.
[16] fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, *Jahrbuch Qualität der Medien 2022*.
[17] gfs.bern und DSJ, *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*, 18–19.
[18] fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, *Jahrbuch Qualität der Medien 2025*, 111; vgl. auch Thommen u. a., *Medienmonitor 2024. Eine Untersuchung der Publicom AG im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation* (2025).

Informationssuche im Vordergrund stehen.[19] Bevorzugt werden leicht verständliche, visuell aufbereitete und meinungsbasierte Inhalte wie Blogs, Vlogs oder Talkformate, während klassische faktenorientierte Berichterstattung häufig als wenig attraktiv wahrgenommen wird.[20] Neuere Erhebungen zeigen aber auch, dass das Vertrauen in die sozialen Medien als politischer Informationskanal unter jungen Menschen eher gering ist.[21] Jugendliche posten zudem eher selten bis nie öffentlich. Die Gründe dafür sind vielfältig; u.a. auch, weil Jugendliche schon früh für unliebsame Folgen von Online-Partizipation sensibilisiert wurden[22] oder weil sie Anfeindungen und Hassrede fürchten.[23] Zugleich sehen sie sich in den sozialen Medien zunehmend von digitaler Desinformation und manipulierten (Bild-)Inhalten herausgefordert. Die starke Konzentration auf soziale Medien impliziert zugleich eine hohe Abhängigkeit von algorithmisch gesteuerten Informationsumgebungen, was sowohl Chancen (z.B. niedrigschwelliger Zugang, hohe Reichweite) als auch Risiken (z.B. Fragmentierung, variierende journalistische Qualität und Anfälligkeit für Desinformation, Nachrichtenvermeidung und -deprivation) birgt. In einer Lebensphase, in der politische Urteilsfähigkeit, Medien- und Informationskompetenz sowie Wissen über demokratische Prozesse noch im Aufbau sind, ist eine Beeinflussung durch Desinformation nicht auszuschliessen, zugleich ist nach Kontexten zu fragen, die die Resilienz erhöhen.[24] Zu betonen ist jedoch auch, dass es vor allem auch die älteren Generationen sind (die in ihrer Rolle als Eltern und Erziehungsberechtigte für die Meinungsbildung konsultiert werden), deren Medienkompetenz Defizite aufweist[25] und sie daher nicht ausser Acht gelassen werden dürfen: alle Altersgruppen sind grundsätzlich anfällig für Beeinflussung durch Desinformation.

Grundprinzipien digitaler Plattformökosysteme

Mit diesen Entwicklungen gehen qualitative Veränderungen der Informationsumgebung einher. Digitale Plattformen fungieren heute als zentrale Vermittler öffentlicher Kommunikation, deren Funktionsweise jedoch primär durch kommerzielle Geschäftsmodelle privater Anbieter geprägt ist. Im Zentrum steht die Generierung von Aufmerksamkeit und Interaktion: Algorithmische Empfehlungssysteme priorisieren Inhalte, die hohes Engagement erzeugen, insbesondere solche, die Emotionen wie Empörung oder Wut auslösen, polarisieren oder provozieren. In dieser Aufmerksamkeitsökonomie werden Klicks, Kommentare und Weiterverbreitung zu einer zentralen Währung, während der Wahrheitsgehalt von Inhalten in den Hintergrund tritt. Ein Teil der Content-Produzierenden setzt gezielt auf «Clickbait», «Ragebait» (Inhalte mit reisserischen Überschriften oder irreführenden Vorschaubildern), «AI Slop» (minderwertige, massenhaft produzierte Inhalte aus generativer Künstlicher Intelligenz KI) oder verschwörungsideologische Inhalte, um digitales Engagement und damit Einnahmen zu maximieren. Automatisierte Accounts und Bots erzeugen künstliche Interaktionen, die wiederum höhere Werbepreise und andere Formen der Monetarisierung (z.B. Nutzung und Weiterverkauf von Daten) rechtfertigen können. Desinformation zirkuliert unter diesen Bedingungen nicht trotz, sondern aufgrund des Zusammenspiels von Plattformökonomie (Geschäftsmodell) und Plattformarchitektur (Interkations- und Verbreitungsmechanismen) und kann als systemisches profitables Nebenprodukt kommerzieller Logiken verstanden werden.[26]

---

[19] Deda-Bröchin u. a., *JAMESfocus: Unterhaltung, Information oder Selbstdarstellung: Warum nutzen Jugendliche soziale Netzwerke?*

[20] Fischer und Jarren, «The Platformization of the Public Sphere and Its Challenge to Democracy»; Fletcher u. a., «The Link between Changing News Use and Trust: Longitudinal Analysis of 46 Countries», 1–15; Bennett und Livingston, «The Disinformation Order: Disruptive Communication and the Decline of Democratic Institutions», 122–139; Nef u. a., *Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren*.

[21] gfs.bern und DSJ, *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*, 23–24.

[22] Deda-Bröchin u. a., *JAMESfocus: Unterhaltung, Information oder Selbstdarstellung: Warum nutzen Jugendliche soziale Netzwerke?*; Külling u. a., *JAMESfocus - Hassrede im Internet*.

[23] Materna u. a., *Politisches Bildhandeln. Der Umgang Jugendlicher mit visuellen politischen, populistischen und extremistischen Inhalten in sozialen Medien*, Bd. 23.

[24] *Desinformation und Meinung. Von Deepfakes bis Fake News – Informationen & Tipps*.

[25] Fivaz und Schwarz, *Die Medienkompetenz der Schweizer Bevölkerung. Eine repräsentative Pilotstudie für die deutsch- und französischsprachige Schweiz*.

[26] Ruiz Diaz, *Market-oriented disinformation research: Digital advertising, disinformation and fake news on social media.*

Formen moderner Informations- und Meinungsbeeinflussung

Die rasante Entwicklung und Verbreitung generativer KI verstärken diese Dynamiken. KI-Funktionen wie Chatbots oder Suchzusammenfassungen entwickeln sich rasch zu zentralen Informationsquellen. Damit verschiebt sich nicht nur die technologische Basis der Informationsnutzung, sondern auch deren grundlegende Logik: Inhalte werden situativ generiert. Dieser Wandel lässt sich entlang mehrerer Merkmale beschreiben: eine tendenziell zunehmende Personalisierung von Inhalten, dialogische Interaktionsformen statt reiner Abfragen (bspw. über Suchmaschinen), die statistische Generierung von online verfügbaren Inhalten durch Large Language Models statt klassischer Informationssuche, eine thematisch und medial breite Einsetzbarkeit sowie teilweise eine stärkere Entkopplung von konkreten Quellen- und (sozialen und politischen) Entstehungskontexten, zumindest bei weit verbreiteten Gratisversionen dieser Anwendungen. In ihrer Kombination führen diese Eigenschaften zu einer strukturellen Neuordnung informationsbezogener Praktiken und verändern, wie Wissen erzeugt, vermittelt und eingeordnet wird.[27]

KI kann somit einerseits Quelle, andererseits Erzeugerin von Desinformation sein. Die Antworten von KI-Chatbots und Suchzusammenfassungen beinhalten teilweise Desinformation, weil generative KI eine Aussage nicht auf ihren Wahrheitsgehalt prüft, sondern sprachlich wahrscheinliche Antworten aus Trainingsdaten, Suchergebnissen oder anderen, teils fehlerhaften Quellen zusammenfügt und in geglätteter Sprache wiedergibt, was den Aussagen eine hohe Glaubhaftigkeit verleiht. Im Gegensatz zu öffentlich zugänglicher Desinformation in den sozialen Medien ist Desinformation in privaten, personalisierten Konversationen mit KI-Chatbots für Dritte (z.B. Medienschaffende, Faktenchecker) kaum beobachtbar und kann daher auch nicht überprüft, eingeordnet oder richtiggestellt werden; oft gelingt es nur thematisch versierten Personen, Unstimmigkeiten oder unzulässige Schlussfolgerungen zu erkennen. Darüber hinaus kann mit KI glaubhafte Desinformation einfacher, günstiger und schneller erzeugt und auf die spezifischen Merkmale von Nutzenden zugeschnitten werden («Microtargeting»), was die Wirkung und Überzeugungskraft erhöht. Mit steigender Qualität solcher Technologien wird es zunehmend schwieriger, Manipulationen zuverlässig zu erkennen – sowohl für Laien als auch für Medien, Regulierungs- und Aufsichtsbehörden.[28] Die Erstellung von täuschend echten audiovisuellen Manipulationen («Deepfakes») untergräbt das Vertrauen in Information und in den gesellschaftlichen Grundkonsens über empirische Fakten. Einerseits können unwahre Tatsachen als real dargestellt werden. Andererseits können wahrhaftige Vorkommnisse als KI-generierte Fälschung abgetan werden (sogenannte «Liar's Dividend»). Durch KI-generierte Interaktionen, wie konversationsfähige Social Bots, können in sozialen Medien und Online-Foren Debatten beeinflusst, Aussagen in Frage gestellt, Gerüchte gestreut und Narrative verstärkt werden. Zudem lassen sich künstliche Mehrheiten oder gesellschaftlicher Dissens simulieren und so vermeintlich gesellschaftliche Unterstützung oder Ablehnung vortäuschen («Astroturfing»). Durch die koordinierte Verbreitung kann der Eindruck entstehen, bestimmte Positionen oder Meinungen würden von breiten Teilen der Bevölkerung geteilt.

Die beschriebenen Mechanismen und Entwicklungen eröffnen neue Möglichkeiten spezifischer Einflussnahme auf öffentliche Diskurse. Zunehmend treten organisierte Formen digitaler Manipulation zur gezielten Beeinflussung öffentlicher Debatten oder der Verstärkung gesellschaftlicher Spannungen auf. Wenn solche Massnahmen von Staaten eingesetzt werden, kann Desinformation als Bestandteil von Beeinflussungsstrategien verstanden werden, die sich zum Beispiel mittels Destabilisierung, Polarisierung oder Vertrauensunterminierung gegen das Funktionieren des Staates und der Gesellschaft richten, womit sie auch sicherheitspolitisch relevant werden.[29]

[27] Kümpel und Reiss, *The HIPUD Model: An Affordance-Based Framework for Studying Information Use with Gen-AI Chatbots*.
[28] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.
[29] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.

2.2 Auswirkungen auf Individuum, Gesellschaft und Politik

Die gegenwärtige Informationsumgebung zeichnet sich durch eine hohe Verfügbarkeit und ständige Zugänglichkeit von Inhalten aus, die jedoch nicht durchgehend als Ressource, sondern vielfach als Belastung wahrgenommen werden.[30] Dies kann zur bewussten Vermeidung politischer Nachrichten («News Avoidance») führen. Wenn Nachrichten rezipiert werden, erfolgt dies häufig indirekt über soziale Medien oder Messenger. Persönliche Interessen und ein bewusster Fokus auf bestimmte Quellen werden von jungen Menschen als Strategien genannt, um mit den grossen Mengen an Informationen umzugehen.[31] Die Zusammenstellung eines eigenen Informationsmenus benötigt Medienwissen, digitale Kompetenzen im Sinne einer «digital literacy» und Zeit. Mangelnde Kompetenzen können zu Vermeidungsstrategien führen, die, ungeachtet des Alters, kurzfristig entlastend wirken, langfristig jedoch die Informiertheit über politische Prozesse verringern, was für die Schweiz, wo das politische System auf gut informierten Bürgerinnen und Bürgern aufbaut, eine Herausforderung darstellt. Obwohl junge Menschen häufig als «Digital Natives» gelten, deuten Untersuchungen darauf hin, dass eine primär digitale Informationsorientierung nicht zwangsläufig mit höherer Kompetenz im Umgang mit komplexen oder massenhaft auftretenden Informationen einhergeht. Die Fragmentierung der Informationsumgebung kann die Orientierung erschweren.

Parallel dazu gewinnt das Phänomen der News-Deprivation – der weitgehende Verzicht auf Konsum journalistischer Nachrichten – an Bedeutung. Die Vertiefungsstudie zur News-Deprivation des Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich[32] zeigt, dass News-Deprivierte sich seltener politisch beteiligen, ein geringeres Vertrauen in Politik und Medien aufweisen und sich weniger als Teil der demokratischen Gesellschaft fühlen. Besonders die Kohorten der 16- bis 34-Jährigen und die 35- bis 54-Jährigen nutzen Nachrichten vergleichsweise wenig und greifen – wenn überhaupt – primär über Social-Media-Plattformen darauf zu. Personen, die sich kaum oder ausschliesslich über soziale Medien informieren, zählen über verschiedene Wissensbereiche hinweg zur am schlechtesten informierten Gruppe. Wissen über aktuelle Ereignisse bleibt eng an journalistische Quellen gekoppelt und lässt sich nicht durch Social-Media-Nutzung kompensieren.

Desinformation beruht auf der Annahme, dass Informationen das Denken, den Diskurs und letztlich das Handeln von Menschen beeinflussen können. Sie entfaltet ihre Wirkung nicht allein über einzelne falsche Inhalte, sondern über ihre Einbettung in den öffentlichen Diskurs, in welchem Informationen interpretiert, bewertet und politisch eingeordnet werden, womit ihr Einflussbereich die gesamte Gesellschaft betrifft. Selbst in ihrer Reichweite begrenzte Kampagnen schwächen potenziell das Vertrauen in Institutionen, Medien und Informationen, was langfristig dazu führen könnte, dass Bürgerinnen und Bürger sich von demokratischen Prozessen entfremden.

Zum Vertrauen in Medien dokumentieren Studien einen Vertrauensrückgang in Nachrichtenmedien und zeigen, dass Desinformation die ohnehin fragile Beziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und öffentlichen Institutionen zusätzlich belastet.[33] In der Schweiz befindet sich das Vertrauen in Nachrichtenmedien seit mehreren Jahren auf einem insgesamt stabilen, im internationalen Vergleich relativ hohen Niveau. Nach einem Rückgang in den Vorjahren vertrauten 2025 46 % der Befragten den Nachrichtenmedien (2024: 41 %, 2016: 50 %). Gleichzeitig zeigen die Daten seit 2016 einen deutlichen Rückgang der Nachrichtennutzung sowie eine zunehmende Nachrichtenvermeidung. Im Jahr 2025 vermieden 39 % der Befragten Nachrichten zumindest gelegentlich bewusst. Als zentrale Gründe werden Informationsüberforderung und die als belastend wahrgenommene Nachrichtenlage genannt.[34] Sinkendes Vertrauen kann wiederum Nachrichtenvermeidung begünstigen und die Anfälligkeit für vereinfachende oder irreführende Informationsangebote erhöhen – ein Kreislauf, der demokratische Stabilität

[30] Vgl. Fivaz und Schwarz, *Die Medienkompetenz der Schweizer Bevölkerung*.
[31] gfs.bern und DSJ, *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*, 25.
[32] fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, *Jahrbuch Qualität der Medien Studie 2/2025*.
[33] Newman u. a., *Reuters Institute Digital News Report 2025*.
[34] Newman u. a., *Reuters Institute Digital News Report 2025*; Newman u. a., *Reuters Institute Digital News Report 2024*; Newman u. a., *Reuters Institute Digital News Report 2016*.

strukturell schwächt. Vor diesem Hintergrund wird die Förderung von politischer Bildung sowie von Medien- und Informationskompetenz zur Stärkung der Resilienz gegenüber Desinformation essenziell.

2.3 Resilienz in der Schweiz

Die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften gegenüber Desinformation wird oft auch als Resilienz beschrieben. Resilienz betrifft die Gesamtheit der Bevölkerung und ist keine statische Eigenschaft, sondern Ergebnis eines Zusammenspiels institutioneller Rahmenbedingungen (Makroebene), gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen (Mesoebene) und individueller Fähigkeiten (Mikroebene). Zentrale Voraussetzungen sind u.a. die Förderung unabhängiger und qualitativ hochwertiger Medien, transparente und verantwortungsvolle Plattformstrukturen sowie die Stärkung von Medien-, Informations- und zunehmend auch digitalen (KI-)Kompetenzen. Zugleich sind Bürgerinnen und Bürger verstärkt gefordert, Informationen kritisch zu prüfen, Quellen zu bewerten und politische Inhalte einzuordnen.

Auf der Makroebene lassen sich strukturelle Voraussetzungen und aktive staatliche Massnahmen unterscheiden. Der Schweiz werden mehrere resilienzfördernde Faktoren zugeschrieben: Dazu zählen unter anderem ein hoher Lebensstandard, ein hohes Bildungsniveau sowie ein im internationalen Vergleich relativ hohes Vertrauen in staatliche Institutionen, eine vielfältige Medienlandschaft sowie eine vergleichsweise geringe gesellschaftliche Polarisierung. Auch das föderale, direktdemokratische politische System mit häufigen Volksabstimmungen und Mehrparteiensystem trägt zur Resilienz der Bevölkerung bei.[35] Über diese Strukturmerkmale hinaus ergreift die Schweiz gezielte Massnahmen: So treibt sie etwa die Umsetzung der KI-Konvention des Europarates voran, die unter anderem auf den Schutz demokratischer Prozesse vor den Risiken KI-gestützter Manipulation – etwa durch synthetische Inhalte – abzielt. Mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation» hat der Bundesrat im November 2025 zudem eine Koordinationsstruktur zwischen Bundesstellen eingesetzt, die das Lageverständnis von staatlichen Beeinflussungsaktivitäten sowie die nationale und internationale Zusammenarbeit stärken und zur Sensibilisierung des Bundes und allenfalls der Bevölkerung beitragen soll. Der Vernehmlassungsentwurf der bundesrätlichen Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026 formuliert weitere Massnahmen.[36]

So bedeutsam diese strukturellen Bedingungen und staatlichen Massnahmen auf der Makroebene sind – ihre Wirkung entfalten sie erst im Zusammenspiel mit den Fähigkeiten der Einzelnen. Aktuelle Entwicklungen deuten darauf hin, dass diese Resilienz künftig stärker unter Druck geraten könnte,[37] was deren kontinuierliche Aufmerksamkeit und Pflege erforderlich macht. Ein starker Service public, regulierte Plattformen oder völkerrechtliche Rahmenwerke stärken die Resilienz nur dann, wenn Bürgerinnen und Bürger unabhängige Quellen auch nutzen, Inhalte kritisch prüfen und Manipulationsversuche erkennen können. Individuelle Kompetenzen sind demnach keine blosse Ergänzung, sondern eine Voraussetzung für die Wirksamkeit von Massnahmen der Makroebene. Damit rücken aus Sicht der Bildung die Meso- und die Mikroebene in den Vordergrund, wobei Bildungsinstitutionen eine Schlüsselrolle zukommt, da sie gemeinsam mit dem Elternhaus und anderen Sozialisationsumgebungen junge Menschen dabei unterstützen, sich in komplexen digitalen Informationsumgebungen zu orientieren und verantwortungsvoll zu handeln. Im Zentrum stehen insbesondere Medien-, Informations-, Demokratie- und digitale (KI-)Kompetenzen sowie kritisches Denken und die Fähigkeit, gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. Diese Kompetenzen werden im internationalen Bildungsdiskurs häufig unter Konzepten wie «digital citizenship education» (DCE) zusammengefasst (vgl. Kapitel 3.3). Die nachfolgenden Kapitel erläutern zentrale Bildungskonzepte und internationale Referenzrahmen und zeigen auf, welche Inhalte zur Kompetenzförderung in den Schweizer Lehrplänen enthalten sind.

[35] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.
[36] www.sepos.admin.ch > Sicherheitspolitik > Sicherheitspolitische Strategie und Berichte > Sicherheitspolitische Strategie 2026.
[37] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.

3 Ausbildung individueller Kompetenzen für den Umgang mit Desinformation

3.1 Politische Bildung und Partizipation

Obwohl der Begriff „politische Bildung“ in Politik und Medien weit verbreitet ist, liegt keine einheitliche und allgemein verbindliche Definition dessen vor, was darunter zu verstehen ist. Dieser Bericht stützt sich auf die Definition der Europarats-Charta zur politischen Bildung («Education for Democratic Citizenship», s. Kapitel 7). In der Schweiz besteht weitgehend Konsens darüber, dass Kinder und Jugendliche in ihrer politischen und gesellschaftlichen Partizipation gestärkt werden sollen.[38]

Ansätze und Leitkonzepte Politischer Bildung (Primar- bis Sekundarstufe II)

In der formalen Bildung ist politische Bildung in der Schweiz kein eigenständiges Fach, sondern Bestandteil verschiedener Fachbereiche und zugleich ein fächerübergreifendes, transversales Bildungsziel. Dadurch können politische Fragestellungen mit wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder naturwissenschaftlichen Themenfeldern verbunden werden. Die Lehrpläne der obligatorischen Schule aller Sprachregionen greifen Themen wie demokratische Institutionen und deren Grundlagen, das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft oder den Umgang mit knappen Ressourcen auf, womit sich auch Schnittmengen mit dem Kompetenzbereich BNE ergeben. Die Verankerung politischer Bildung als transversales Bildungsziel kann jedoch zu einer Heterogenität in der schulischen Praxis führen, da unterschiedliche Fachlehrpersonen zuständig sind. Allenfalls kann dies die institutionelle Verbindlichkeit begrenzen. Entsprechend fordert der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) in einem Positionspapier u.a. eine Stärkung und angemessene Priorisierung der politischen Bildung durch ausreichend Zeit und Ressourcen für die Behandlung politischer Themen sowie politische Bildung als fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen.[39]

Didaktische Konzeptionen politischer Bildung bewegen sich zwischen staatskundlichen Ansätzen mit Fokus auf Institutionen und breiteren Demokratiebildungsansätzen. Insbesondere in der Deutschschweiz etablierten sich Modelle, die im Kern für die Förderung von politischen Kompetenzen plädieren: Politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit, methodische Kompetenzen sowie konzeptuelles Deutungswissen. Ergänzt werden diese durch didaktische Prinzipien wie (Multi-)Perspektivität, Kontroversität, Aktualitäts- und Lebensweltbezug. Diese Basis dient der Planung von Unterricht und der Generierung von Lernmaterialien und entsprechenden Aufgaben. In der französisch- und italienischsprachigen Schweiz orientieren sich Unterricht und Lehrpersonenausbildung stärker an Konzepten der Demokratiebildung, der «éducation à la citoyenneté» und einer «éducation numérique» (s. Kapitel 4.1 und 4.3). Zudem besitzen historische Bildung, Staatskunde und die Auseinandersetzung mit «thèmes sensibles» einen hohen Stellenwert.[40] Demokratiepädagogische Ansätze verstehen Schulen als Erfahrungsräume demokratischen Handelns. Klassenrat, Schüler- und Schülerinnenparlamente, Aktions- und Mitmachtage ermöglichen konkrete Demokratieerfahrungen und fördern Lernprozesse, die sich u.a. positiv auf Einstellungen wie Kompromissbereitschaft und Toleranz auswirken.[41]

Zur politischen Kompetenz Schweizer Jugendlicher, zur Gestaltung des Unterrichts und zur Wirkung politischer Bildung an Schweizer Schulen liegen bislang nur wenige empirische Daten vor. Frühere Studien dokumentieren durchschnittliches politisches Wissen und tendenziell geringes politisches Interesse der befragten 15-Jährigen[42]; eine jüngere Studie zu Luzerner Gymnasien, Fachmittelschulen und

[38] Aktuell sind im Auftrag des BSV mehrere Diskussionsbeiträge zur Anregung der Diskussion um die politische Bildung in der Schweiz in Arbeit. Voraussichtliche Publikation: Herbst 2026.

[39] Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, *LCH Positionspapier. Politische Bildung in der Schule stärken - das Fundament für eine starke Demokratie legen*.

[40] Waldis u. a., *Zum Stand der Politischen Bildung an Schweizer Pädagogischen Hochschulen. Bericht zuhanden der PH Kammer.*

[41] Himmelmann, *Demokratie Lernen als Lebens- Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Praxisbeispiele von Schulnetz21 zeigen die Vielfalt solcher Projekte, s. www.education21.ch > Schulnetz21 > Was ist das Schulnetz21.

[42] Biedermann u. a., *Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern*.

Berufsschulen stellt Wissenslücken zu grundlegenden Demokratiekonzepten fest.[43] Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene robust ist der Befund, dass ein diskursives Unterrichtsklima sich positiv auf politisches Interesse und politische Partizipationsabsichten auswirkt.[44] Zwischen demokratischem Erfahrungslernen und politischer Partizipation fanden sich bisher kaum Zusammenhänge.[45] Der digitale Wandel stellt neue Anforderungen an politische Bildung und Medienbildung. In jüngerer Zeit werden Bildungsaufgaben an der Schnittstelle von Politik, Medien und Gesellschaft betont.

Politische Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz

In der Folge dieser Beschreibung interessiert die Praxis der politischen Beteiligung junger Menschen in der Schweiz. Es zeigt sich ein differenziertes Bild: Junge Stimmberechtigte sind an Wahlen und Abstimmungen unterrepräsentiert[46]; traditionelle Partizipationsformen wie Parteimitgliedschaften oder politische Ämter sind wenig attraktiv[47], generell wird die Partizipation der Jungen als ad-hoc und selektiv charakterisiert.[48] Seit der Verbreitung des Smartphones bzw. dem Aufkommen sozialer Medien[49] vermögen soziale Bewegungen und politische Proteste vermehrt Jugendliche und junge Erwachsene zu mobilisieren (z.B. #metoo, #blacklivesmatter, #Klimastreik). Neuerdings sind jedoch solche Aktivitäten rückgängig.[50] Gut die Hälfte der Schweizer Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren interessiert sich für Politik.[51] Studien verweisen darauf, dass individuelles Interesse, persönliche Betroffenheit sowie Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit, aber auch Lehrpersonen, Eltern, Erziehungsberechtigte, Verwandte und Freunde Motivationsfaktoren für Partizipation darstellen.[52] Politische Partizipation hängt auch mit politischem Interesse zusammen, das wiederum durch Diskussionen im sozialen Umfeld, Medienkonsum, politisches Wissen und politische Bildung beeinflusst wird.[53] Indikatoren wie der sozioökonomische Status des Elternhauses erweisen sich als durchwegs relevant. Schulen kommt eine wichtige Rolle bei der Förderung demokratischer Grundkompetenzen für ein demokratisches Zusammenleben und gleichberechtigter Teilhabechancen zu, und auch im ausserschulischen Kontext können zentrale Kompetenzen (Partizipation, Verantwortung, kritisch denken) erlangt werden.

3.2 Medienbildung und -kompetenz

Die drei Begrifflichkeiten der Medienkompetenz, Informationskompetenz und digitalen Kompetenz weisen in der wissenschaftlichen Literatur Überschneidungen auf und sind teilweise unscharf voneinander abgegrenzt[54] (für Definitionen, an denen sich der vorliegende Bericht orientiert, s. Kapitel 7).

---

[43] Caduff, *Politisch urteilen ohne Wissen und Verstehen? Eine Studie zum politischen Wissen und Verstehen von Sekundarstufe-II-Abgängerinnen und -Abgängern im Kanton Luzern*.

[44] Torney-Purta u. a., *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*; Abs u. a., *ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich*; Rothenbühler u. a., *CH@YOUPART Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*.

[45] Biedermann und Oser, «Durch partizipative Prozesse zu politischdemokratischem Lernen – ein Patentrezept?»; Reinhardt, «Was leistet Demokratie-Lernen für die politische Bildung? Gibt es empirische Indizien zum Transfer von Partizipation im Nahraum auf Demokratie-Kompetenz im Staat? Ende einer Illusion und neue Fragen».

[46] Tresch u. a., *Eidgenössische Wahlen 2023. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*; Laurent und Scaperrotta, *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020*, 36.

[47] Rothenbühler u. a., *CH@YOUPART Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*; gfs.bern, *DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023: Die Politisierungswelle der letzten Jahre flacht zunehmend ab*.

[48] gfs.bern, *easyvote-Politikmonitor 2019. Klimajugend vs. Sofajugend*; Rothenbühler u. a., *CH@YOUPART Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*.

[49] gfs.bern, *DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023: Die Politisierungswelle der letzten Jahre flacht zunehmend ab*.

[50] gfs.bern, *DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023: Die Politisierungswelle der letzten Jahre flacht zunehmend ab*.

[51] gfs.bern und DSJ, *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*.

[52] Rothenbühler u. a., *CH@YOUPART Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*; Nef u. a., *Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren*; gfs.bern und DSJ, *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*, 31–32.

[53] Madeux u. a., *Jugend und Politik im Kanton Zürich. Capstone-Projekt des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern des Kanton Zürichs.*; Rothenbühler u. a., *CH@YOUPART Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz* (Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS, 2012).

[54] Mihailidis und Thevenin, *Media Literacy as a Core Competency for Engaged Citizenship in Participatory Democracy*.

Medienbildung soll Menschen befähigen, Medien souverän, kritisch und kreativ zu nutzen. Sie umfasst Wissen über Medien, deren Funktionsweisen sowie die Fähigkeit zur reflektierten Mediennutzung. Das übergeordnete Ziel ist die Förderung der Medienkompetenz als zentraler Bestandteil individueller Resilienz im digitalen Informationsraum und damit auch gegen Desinformation. Studien zeigen, dass viele Menschen Schwierigkeiten haben, die Kommunikationsabsicht eines Beitrags korrekt zu erkennen. Gleichzeitig fühlen sich 73 % von der Masse an verfügbaren Informationen ganz oder teilweise überfordert,[55] wobei die Medienkompetenz zwischen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgeprägt ist: Höhere Kompetenzen finden sich insbesondere bei Personen mit starkem Nachrichteninteresse, höherer politischer Beteiligung sowie bei Menschen, die sowohl digitale als auch traditionelle Medienkanäle regelmässig nutzen und den Medien insgesamt ein höheres Vertrauen entgegenbringen[56]. Damit korreliert Medienkompetenz und Informiertheit auch mit politischer Teilhabe.

Leitkonzepte der schulischen Medienbildung in der Schweiz

Unter den unterschiedlichen theoretischen Konzepten der Medienbildung[57] besitzt für die schulische digitale Bildung in der Schweiz das Dagstuhl-Dreieck[58], entwickelt von Expertinnen und Experten aus Informatikdidaktik, Medienpädagogik und Wirtschaft, hohe Bedeutung. Das Modell regt die Betrachtung und Analyse digitaler Phänomene aus drei Perspektiven an:

a. Die **technologische** Perspektive, welche Funktionsweisen digitaler Technologien untersucht und grundlegende Konzepte der Informatik vermittelt;
b. die **gesellschaftlich-kulturelle** Seite, welche Wechselwirkungen zwischen digitalen Technologien, Individuen und Gesellschaft analysiert;
c. die **anwendungsbezogene** Perspektive, welche auf die praktische Nutzung digitaler Werkzeuge fokussiert.

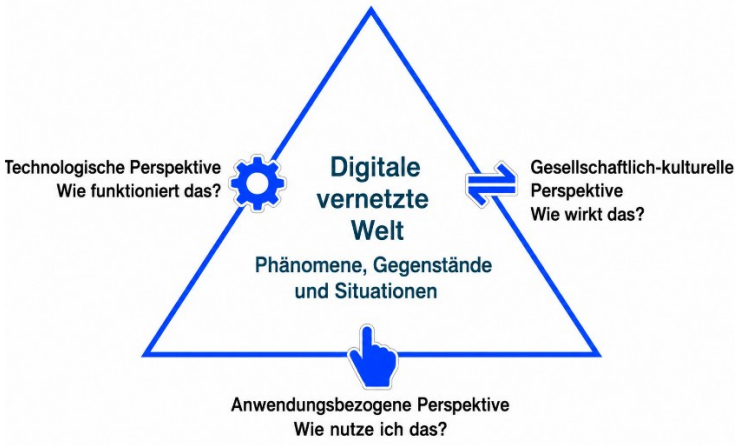


Abbildung 1: Dagstuhl-Dreieck nach «Dagstuhl-Erklärung: Bildung in der digitalen vernetzten Welt»

Im Zusammenhang mit Desinformation ermöglicht das Modell Fragestellungen zu Manipulationstechniken, algorithmischer Verbreitung von Informationen, Plattformlogiken, der Bewertung der Glaubwürdigkeit von Quellen oder der Reflexion der Absichten von digital verbreiteten Bildern und Narrativen.

An Schulen wird Medienbildung häufig mit Informatik gebündelt. Erst in jüngerer Zeit und angesichts der in Kapitel 2 beschriebenen digitalen Öffentlichkeiten bzw. der fortschreitenden Digitalisierung vieler Lebensbereiche besteht die Forderung, Medienbildung stärker mit politischem Lernen zu verbinden.

[55] Fivaz und Schwarz, *Die Medienkompetenz der Schweizer Bevölkerung. Eine repräsentative Pilotstudie für die deutsch- und französischsprachige Schweiz*.
[56] Fivaz und Schwarz, *Die Medienkompetenz der Schweizer Bevölkerung. Eine repräsentative Pilotstudie für die deutsch- und französischsprachige Schweiz*.
[57] Zu nennen sind z.B. die strukturale Medienbildung, welche auf die Auseinandersetzung des Individuums mit Medien als Teil der Lebenswelt fokussiert, die handlungsorientierte Medienpädagogik mit Ziel der Erstellung eigener Medieninhalte, die kritisch-aufklärende Pädagogik oder die bewahrende Pädagogik, die vor den Risiken extensiven Mediengebrauchs schützt.
[58] Gesellschaft für Informatik e.V, «Dagstuhl-Erklärung». S. auch Medien und Informatik - PHSZ - Informatikdidaktik > Modelle > Dagstuhl-Dreieck > Beispiel Fake-News.

Dabei rücken gesellschaftliche Machtverhältnisse digitaler Plattformen, algorithmische Steuerung von Informationen sowie ethische Fragen wie Selbstbestimmung oder Zivilcourage im digitalen Raum stärker in den Fokus. Die Perspektiven des Dagstuhl-Dreiecks werden inzwischen in verschiedenen Fächern genutzt, um digitale Themen fachspezifisch aufzugreifen und Unterrichtseinheiten zu entwickeln (s. Kapitel 4.1).

3.3 Digital Citizenship

Digitale Öffentlichkeiten erfordern digitale bürgerschaftliche Kompetenzen, d.h. Fähigkeiten, um entsprechend den Anforderungen an eine digitalisierte Gesellschaft handlungsfähig zu sein und die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Diese Fähigkeiten werden international unter dem Begriff des «digital citizen» bzw. der «digital citizenship» gefasst.[59] Seit den frühen 2000er-Jahren entstanden dazu sowie zur darauf abzielenden «digital citizenship education» (DCE) verschiedene Referenzrahmen multilateraler Organisationen wie der Europäischen Kommission, des Europarats, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder im Umfeld von Stiftungen.[60]

Vielbeachtet ist das Digital Competence Framework for Citizens (DigComp) 3.0 der Europäischen Kommission. Eingebettet in die «Union of Skills»-Strategie, versteht DigComp digitale Kompetenz als Kombination aus Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen für einen kritischen, verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien. Digitale Kompetenzen gelten dabei als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, demokratische Mitwirkung und lebenslanges Lernen[61], aber auch als Grundlage für weitere Fähigkeiten wie kritisches Denken oder Kreativität, die für demokratische Teilhabe, Arbeitsmarkt und Wirtschaft wichtig sind. Der Referenzrahmen umfasst fünf Kompetenzbereiche mit insgesamt 21 Kernkompetenzen. Mehrere Kompetenzbereiche betreffen Informations-, Medien- und bürgerschaftliche Kompetenzen, besonders die Kompetenz 2.3 «Engaging in citizenship through digital technologies». Zusätzlich benennt DigComp fünf thematische Prioritäten: KI, Cybersicherheit, digitale Rechte, Gesundheit im digitalen Raum sowie den Umgang mit Misinformation und Desinformation.

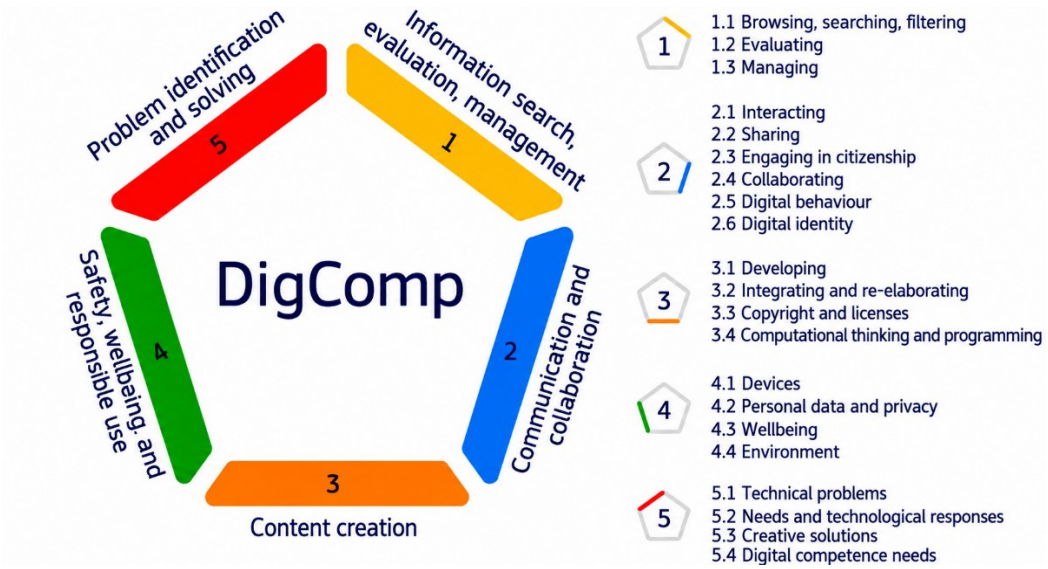
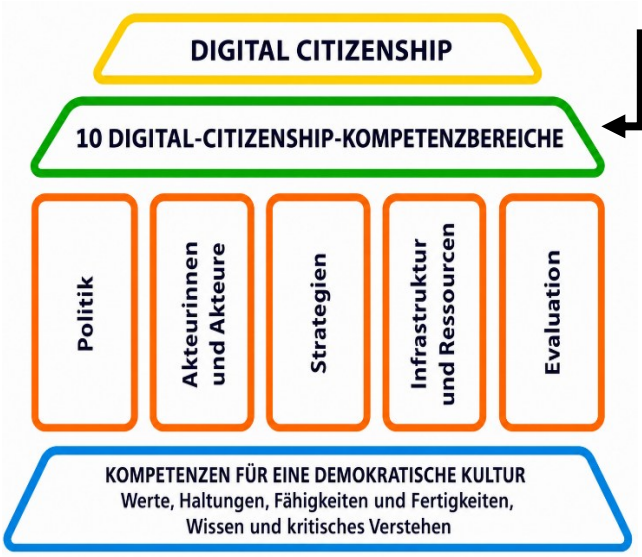


Abbildung 2: Fünf Kompetenzbereiche und 21 Kompetenzen des DigComp 3.0

[59] Moser, «Digital Citizenship als Leitlinie der Medienbildung»; Ribble u. a., «Digital Citizenship: Appropriate Technology Use».
[60] Breit rezipiert wird z.B. Jenkins, *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century. An Occasional Paper on Digital Media and Learning.*
[61] education.ec.europa.eu > Kernthemen > Qualitätsverbesserung > Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen.

Das Digital Citizenship Education Handbook des Europarates[62] ist im Vergleich stärker demokratiebezogen. Es versteht digitale Kompetenz ausdrücklich als Bestandteil einer demokratischen Kultur[63] und beschreibt Fähigkeiten, die Bürgerinnen und Bürger benötigen, um sich aktiv, verantwortungsvoll und kritisch in digitalen Öffentlichkeiten zu bewegen. Der Referenzrahmen umfasst zehn Kompetenzberei-che in den Dimensionen «Online sein», «Wohlergehen im Internet» sowie «Rechte im Internet» (s. Abbildung 3).



Dimension	Kompetenzbereiche
Online sein	1. Teilhabe und Inklusion 2. Lernen und Kreativität 3. Medien- und Informationskompetenz
Wohlergehen im Internet	4. Ethik und Empathie 5. Gesundheit und Wohlergehen 6. Online-Kommunikation und Identität (e-Presence)
Rechte im Internet	7. Aktive Partizipation 8. Rechte und Pflichten 9. Privatsphäre und Sicherheit 10. Konsumbewusstsein

Abbildung 3: Modell des Europarates zu den Digital-Citizenship-Kompetenzen und tabellarische Auflistung der zehn Kompetenzbereiche

Der Ansatz des Europarats betrachtet digitale Bildung ausdrücklich als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe, an der verschiedene Akteure beteiligt sind und Verantwortung dafür tragen: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Erziehungsberechtigte, Lehrpersonen, Schulleitungen, Wissenschaft, Akteure aus dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft, lokale Bildungsverantwortliche (z.B. Schulbehörden in den Gemeinden), regionale Bildungsdepartemente und -verwaltungen sowie nationale und internationale politische Behörden. Hiermit wird «digital citizenship» als umfassendes Konzept zur Bestimmung von Kompetenzen in einer durch Digitalität geprägten Lebenswelt verstanden und DCE entsprechend als Mittel, um Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit digitaler Information zu stärken sowie gegenüber Desinformation resilient zu machen. Es verbindet digitale Bildung, Medienbildung, politische Bildung und Demokratiebildung, wobei die politische Bildung eine besondere Funktion übernimmt, da sie Medienkompetenz mit demokratischer Teilhabe verbindet. Der Umgang mit Desinformation ist in dieser Perspektive kein Randthema der Medienpädagogik, sondern eine zentrale Herausforderung digitaler demokratischer Öffentlichkeiten.[64] Der Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien der Parlamentarischen Versammlung des Europarates («Parlamentary Assembly of the Council of Europe», PACE) bereitet derzeit einen parlamentarischen Bericht mit dem Titel „Partenariats entre les acteurs de l'éducation, de la culture, du social et de la société civile pour permettre aux jeunes de s'engager dans une

[62] Europarat, *Digital Citizenship Education (DCE) Handbuch. Online sein, Wohlergehen im Internet, Rechte im Internet*. Das DCE-Handbuch baut unter anderem auf dem Referenzrahmen «Kompetenzen für eine demokratische Kultur» auf, welcher für eine demokratische Kultur 20 Kompetenzen nennt, die es für eine Teilhabe in einer demokratischen Kultur braucht.

[63] Europarat, *Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Kurze Zusammenfassung.*

[64] Hubacher u. a., *Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen*.

société démocratique“ (Berichterstatterin Frau Luz Martínez-Seijo, Spanien) vor. Die Annahme dieses Berichts durch die Versammlung ist für 2027 vorgesehen.

Empirische Befunde zur DCE in der Schweiz

Jugendstudien erfassen nebst traditionellen Partizipationsformen wie Wählen, Abstimmen oder Demonstrieren auch Onlineaktivitäten wie Liken, Teilen oder eigene Beiträge Posten.[65] Digitale Partizipationsformen haben sich auf mittlerem Niveau etabliert[66], während traditionelle Partizipationsformen wie Wählen und Abstimmen im Vergleich wahrscheinlicher sind. Spezifische Civic-Tech-Angebote für Jugendliche wie engage.ch sind nur teilweise bekannt.[67]

Bezüglich der Umsetzung von Ansätzen der DCE an Schweizer Bildungseinrichtungen lassen die vorliegenden Befunde keine abschliessende Einschätzung zu. Festgestellt werden kann, dass in den letzten Jahren eher digitale Bedienfertigkeiten betont wurden und Fragen des Umgangs mit Onlinerisiken wie Hatespeech und Cyberbullying und Datensicherheit im Vordergrund standen. So werden sie auch in den Schweizer Bildungsberichten 2023 und 2026 als digitale Fertigkeiten für das spätere Berufsfeld beschrieben.[68] Hingegen geht der Bericht zur Digitalisierung in der Bildung[69] von Educa, der Fachagentur von Bund und Kantonen für den digitalen Bildungsraum, von einem umfassenderen Verständnis digitaler Kompetenzen aus und verweist im theoretischen Teil auf die in diesem Kapitel dargestellten DCE-Konzepte. Ähnliches findet sich auch in der internationalen Literatur: Online-Sicherheit und gute Praktiken im Umgang mit Online-Risiken bilden ein zentrales Ziel der DCE; ein zweiter, stärker zweckorientierter Zugang adressiert Kompetenzen für den Umgang mit digitalen (Lern-)Werkzeugen. Weitere Aspekte der Onlinepartizipation wie z.B. die kritische Reflexion des digitalen Raums bleiben ausgeblendet[70], was für ein Verständnis des digitalen Raumes als Gestaltungsraum und dessen aktive Nutzung wichtig wäre.

Eine aktuelle empirische Studie zu DCE-Praktiken an Schweizer Gymnasien belegt, dass die Medienbildung hauptsächlich auf Schutzansätze (z.B. Online-Risiken) ausgerichtet ist. Es fanden sich unterschiedliche Zusammenhänge zu den gewählten Bildungspraktiken: Kreative und expressive Medienaktivitäten förderten das bürgerschaftliche Engagement, während die Vermittlung von Wissen über Online-Gefahren bei den Schülern und Schülerinnen respektvolles Verhalten unterstützte. Beide Aspekte in Kombination deuten auf ein Spannungsverhältnis hin.[71] Daten zu unterschiedlichen Ansätzen im Unterricht zu generativer KI an 15 stark digitalisierten Schweizer Schulen (Berufsschulen, Maturitätsschulen und Fachmittelschulen) deuten darauf hin, dass der kritisch-reflexive Ansatz am häufigsten zum Einsatz kommt und als einziger das Vertrauen der Lernenden in generative KI sowie ihr Verantwortungsbewusstsein bei deren Nutzung signifikant steigern kann. Kreativ-produktive Ansätze verbesserten zwar das Vertrauen, nicht jedoch den verantwortungsvollen Umgang.[72] Die Diskussionen zu Bildungsansätzen gehen weiter, wobei die mediendidaktische Standardantwort der Skepsis-Förderung bzw. des kritischen Denkens angesichts von KI-Desinformation und algorithmischer Intransparenz auch hinterfragt wird. Gefordert wird unter anderem eine kritisch-transformative Medienkompetenz, die zukünftige Bürgerinnen und Bürger darin unterstützt, normativ-politische Fragen zu stellen, etwa zur Gestaltung von KI-Systemen und zur Demokratisierung des digitalen Raumes.[73]

[65] gfs.bern, *DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023: Die Politisierungswelle der letzten Jahre flacht zunehmend ab*.
[66] gfs.bern und DSJ, *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*, 33.
[67] Räss u. a., *Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung: Eine Analyse der digitalen politischen Partizipation junger Menschen in der Schweiz*.
[68] Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF, *Bildungsbericht Schweiz 2023*; Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF, *Bildungsbericht Schweiz 2026*.
[69] Educa, *Digitalisierung in der Bildung*.
[70] Z.B. Tadlaoui-Brahmi u. a., *Digital Citizenship in Primary Education: A Systematic Literature Review Describing How It Is Implemented*.
[71] Consoli, «Different Media Education Approaches Predict Distinct Aspects of Digital Citizenship».
[72] Consoli und Petko, «Which Educational Approaches Predict Students' Generative AI Confidence and Responsibility?».
[73] Hubacher, *Politische Bildung im Zeitalter der KI*.

Vieles spricht dafür, strategiebasiertes und systemisches Wissen über Internetstrukturen, Algorithmen und Onlinequellen zu kombinieren, auch wenn die Befundlage noch keine allgemeinen Schlussfolgerungen zulässt. In der Schweiz existiert bislang kein nationaler Referenzrahmen für digitale politische Bildung oder für den Umgang mit Desinformation im Kontext digitaler Kompetenzen. Die Förderung entsprechender Kompetenzen erfolgt im schweizerischen Bildungssystem vielmehr im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten und über bestehende Instrumente (s. Kapitel 1.2). In den fachdidaktischen Diskussionen hingegen gibt es Konzepte zu DCE im Kontext der schweizerischen Bildungslandschaft.[74] Verschiedene Initiativen von Bildungsinstitutionen, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren greifen das Thema ebenfalls auf.[75] Das folgende Kapitel 4 zeigt, in Anlehnung an die beschriebenen Referenzrahmen und Modelle, wie entsprechende Kompetenzen in den Schweizer Lehrplänen der verschiedenen Bildungsstufen berücksichtigt werden.

4 Kompetenzförderung im formalen Bildungsbereich

4.1 Obligatorische Schule: Primar- und Sekundarstufe I

Im Jahr 2023 wurde mit der Einführung von je einem Lehrplan pro Sprachregion der Verfassungsauftrag zur Harmonisierung der Bildungsziele der obligatorischen Schule abgeschlossen. Die Lehrpläne Lehrplan21 (LP21)[76], Plan d'études romand (PER)[77] und Piano di Studio (PdS)[78] richten sich an den nationalen Bildungszielen der EDK und an den Fachbereichen der Grundbildung gemäss HarmoS-Konkordat aus und definieren die verbindlichen Bildungsziele für den Unterricht der obligatorischen Schule.[79] Der Bildungsauftrag ist kompetenzorientiert beschrieben, d.h. er ist darauf ausgerichtet, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur «wissen», sondern auch «können und wollen». Nebst fachbezogenen Bildungszielen werden auch solche transversaler Art formuliert, also Kompetenzen, die an der Schnittstelle verschiedener Fächer erworben werden sollen, wie beispielsweise der Politischen Bildung (s. Kapitel 3.1).

Der LP21 gliedert sich in Fachbereiche, Module und überfachliche Kompetenzen. Der Lernbereich Medien und Informatik ist als Modulbereich konzipiert, der alle drei Zyklen[80] der obligatorischen Schule umfasst. Die Module dienen dazu, fächerübergreifende Aufgaben der Schule zu beschreiben und für einen Kern dieser Aufgaben einen systematischen Aufbau von Kompetenzen zu gewährleisten. Der Modullehrplan unterscheidet die Kompetenzbereiche Medien und Informatik, zu verstehen als Arbeitsfelder, sowie Kompetenzen zur Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien. Grundsätzlich verfolgt das Modul drei Ziele:

a. Medien verstehen und verantwortungsvoll nutzen,

b. Grundkonzepte der Informatik verstehen und zur Problemlösung einsetzen sowie

[74] Tadlaoui-Brahmi u. a., *Digital Citizenship in Primary Education: A Systematic Literature Review Describing How It Is Implemented*; Waldis u. a., *Zum Stand der Politischen Bildung an Schweizer Pädagogischen Hochschulen. Bericht zuhanden der PH Kammer.*; Hubacher u. a., *Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen*.

[75] Kantonale Initiativen können unter Kap. 5.1 sowie auf www.edudoc.ch, dem Schweizerischen Dokumentenserver Bildung, eingesehen werden; zivilgesellschaftliche Initiativen unter Kap. 5.2.

[76] Vgl. www.lehrplan21.ch > Zur Vorlage des Lehrplans 21.

[77] Vgl. portail.ciip.ch/home > Plan d'études romand.

[78] Vgl. pianodistudio.edu.ti.ch.

[79] Der Bericht untersucht nicht, wie diese Bildungsziele in den Schulen und Klassen der Sonderpädagogik (Schüler und Schülerinnen mit besonderen Bildungsbedürfnissen) umgesetzt und vermittelt werden. Die in diesem Bericht genannten Kompetenzen sind für alle Kinder und Jugendlichen wichtig, auch für diejenigen, die nach einem angepassten Lehrplan unterrichtet werden. Die Art und Weise, wie diese Kompetenzen vermittelt werden, nimmt je nach Möglichkeiten der betroffenen Schüler und Schülerinnen und den geltenden pädagogischen Prioritäten unterschiedliche Formen an. Schweizweit belief sich 2024/2025 der Anteil der Schüler und Schülerinnen der obligatorischen Schule mit einer Lehrplananpassung auf 5,3 % und 2 % besuchen eine Sonderschulklasse, wobei es kantonale Unterschiede gibt, vgl. Bundesamt für Statistik (BFS), «Sonderpädagogik».

[80] Der Zyklus 1 umfasst die ersten vier Jahre, der Zyklus 2 die zweiten vier Jahre der 8-jährigen Primarstufe. Der Zyklus 3 umfasst die 3 Jahre der Sekundarstufe I. Eine Ausnahme bildet der Kt. Tessin, wo die Sekundarstufe I vier Jahre dauert.

c. Anwendungskompetenzen erwerben (womit sich Anknüpfungspunkte zum Dagstuhl-Dreieck, s. Kapitel 3.2, ergeben).

Anwendungskompetenzen, die nicht integriert in die Fachbereiche erworben werden können, werden in den Modulen Medien und Informatik aufgegriffen. In der konkreten Aufstellung der Kompetenzziele in den Arbeitsfeldern finden sich zahlreiche Hinweise zu fächerverknüpfenden Themen und Lernzielen. Die Festlegung konkreter Zeitgefässe und organisatorischer Zuständigkeiten liegt bei den Kantonen und Schulen. Medien und Informatik wird in den kantonalen Stundentafeln in der Regel im Zyklus 3 als eigenständiges Fach festgelegt. Häufig werden auch projektorientierte oder blockweise Unterrichtsformen genutzt.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die gesellschaftswissenschaftlichen Konglomeratsfächer wie «Natur, Mensch, Gemeinschaft» (NMG) auf der Primarstufe sowie «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) und «Ethik, Religionen und Gesellschaft» (ERG) auf der Sekundarstufe I den Ort bieten, um Wissen zu Politik, Kultur und Wirtschaft zu erwerben sowie Fragen des Zusammenlebens und des gesellschaftlichen Wandels zu thematisieren, die mitunter auch mit der digitalen Transformation verbunden sind. In RZG werden insbesondere folgende Themen behandelt: Funktionsweise der Schweizer Demokratie, Bedeutung und Entwicklung der Menschenrechte, Rolle der Schweiz in Europa und der Welt. In ERG werden Grundlagen des Zusammenlebens und die Reflexion von Werten und Normen erarbeitet. Weitere thematische Bezüge ergeben sich unter der transversalen Leitidee der BNE. Politik, Demokratie und Menschenrechte sind dabei explizit als Themenbereich erwähnt. Aber auch Sprachfächer und der Kunstunterricht bieten Anknüpfungspunkte für die Förderung digitaler Kompetenzen und die Reflexion digitaler Kontexte.

Der PER gliedert sich in «domaines disciplinaires», «capacités transversales» und «formation générale». Im Jahr 2021 beschloss die Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP) für die französischsprachige Schweiz die Stärkung der «éducation numérique» auf der Basis eines breiteren Verständnisses der «digitalen Kultur». Neu weist der PER den Bereich «éducation numérique» als eigenständigen Kompetenzbereich aus. Dieser ergänzt die bestehenden Fächer und umfasst drei Zielsetzungen:

a. Mediennutzung,

b. Aufbau eines Verständnisses für Grundkonzepte der Informatik sowie

c. Förderung von Kompetenzen für eine effiziente und verantwortungsbewusste Anwendung von Medien in Kommunikations-, Kollaborations- und digitalen Arbeitsumgebungen. Auch diese Herangehensweise knüpft an das Dagstuhl-Dreieck an (s. Kapitel 3.2) an.

Anders als im LP21 wird digitale Bildung stärker mit staatsbürgerlichen Kompetenzen verknüpft. Digitale Kompetenzen werden explizit als Bestandteil einer «citoyenneté numérique» verstanden. Dabei steht das Anliegen im Vordergrund, Heranwachsende darin zu fördern, ihre Rechte und Pflichten in der Gesellschaft selbstständig, unabhängig und verantwortungsbewusst auszuüben sowie auch einen kritischen Blick zu entwickeln.

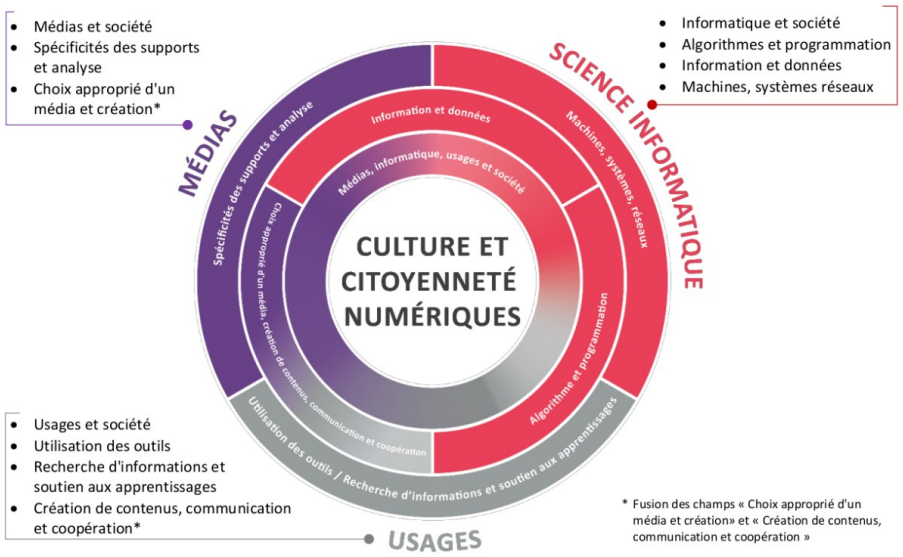


Abbildung 4: Auszug aus dem PER zur domaine disciplinaire «éducation numérique»

Obschon der PER je drei Kompetenzbereiche pro Schulstufe ausweist, ist auch in diesem Lehrplan die Förderung der genannten Kompetenzen gemeinsam mit fachspezifischen Lerninhalten vorgesehen.[81] Lehrpersonen aller Fächer sind aufgefordert, zur digitalen Bildung beizutragen. Die drei Schwerpunkte Medien, Informatik und Anwendung bleiben während der gesamten Schulzeit konstant, ihre Umsetzung variiert jedoch je nach Schulstufe.

Der PdS gliedert sich in «aree disciplinari», «competenze trasversali» und «formazione generale». Er bestimmt Medien und Informatik als transversales Thema. Ziel ist ein kritischer, kreativer und bewusster Umgang mit digitalen Technologien und Medien, der sowohl für Lernprozesse als auch für gesellschaftliche Teilhabe relevant ist. Die Kompetenzziele sprechen verschiedene Kompetenzbereiche an, u.a.: Informationen und Daten anhand relevanter Kriterien und Medien organisieren, um sie sicher zu speichern und effizient abzurufen; die Wahl von Anwendungen, Medien und Geräten mit Argumenten begründen und bewusst Chancen und Risiken abwägen; die Auswirkungen von Medien, Technologien und deren Inhalten auf das eigene Denken und Verhalten kritisch beurteilen, um eine bewusste und verantwortungsvolle Nutzung zu fördern; die eigenen Produkte im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und ihre Übereinstimmung mit gemeinsamen Normen und geltenden Gesetzen sowie im Hinblick auf ihre Zweckmässigkeit bewerten.

Politische Aspekte digitaler Kommunikation werden im PdS vor allem im Fach «Educazione civica, alla cittadinanza e alla democrazia» behandelt, und es ist prinzipiell möglich, zur Rolle von Medien in der Demokratie, der Schaffung von digitalen Öffentlichkeiten, zur Kommunikation in und über Medien, etc. zu arbeiten. Im PdS werden diese Verbindungen allerdings nicht explizit angesprochen.

Die Konzeption der sprachregionalen Lehrpläne ist grundsätzlich auf Langfristigkeit ausgerichtet. Gleichwohl zeigen die Anpassungen des PER im Jahr 2021, dass diese Lehrpläne Gegenstand kontinuierlicher Weiterentwicklungen und politischer Diskussionen sind.

4.2 Sekundarstufe II

Auf dieser Stufe bestehen unterschiedliche RLP für gymnasiale Maturitätsschulen, Fachmittelschulen und Berufsbildung, wobei wie in der obligatorischen Schule die Politische Bildung meist in Fachkonglomerate integriert ist oder als transversales Bildungsziel genannt wird. Im Folgenden werden die aktuellen nationalen RLP berücksichtigt.

[81] Die CIIP nennt gegenwärtig drei Arbeitsfelder mit Bezügen zur Politischen Bildung: «Education numérique», «citoyenneté, durabilité et santé» und «inclusion, intégration et diversité» und weist eine Reihe von Publikationen zu diesen Themengebieten aus.

Allgemeinbildende Schulen: Gymnasiale Maturitätsschulen und Fachmittelschulen

MAR/MAV legen die Mindestanforderungen an gymnasiale Maturitätslehrgänge fest, die erfüllt sein müssen, damit ein kantonales gymnasiales Maturitätszeugnis schweizerisch anerkannt wird und der direkte Zugang zur Universität gewährleistet wird.

Im Rahmen des Projekts «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» wurden die gesamtschweizerischen Rechtsgrundlagen der gymnasialen Maturität totalrevidiert und ein neuer RLP für gymnasiale Maturitätsschulen[82] beschlossen. Dieser enthält Mindestanforderungen an die fachlichen und überfachlichen Lerninhalte und ist kompetenzbasiert ausgerichtet. Die Rechtsgrundlagen sowie der RLP traten am 1. August 2024 in Kraft.[83]

Neben den fachlichen und den transversalen Unterrichtsbereichen definiert der RLP überfachliche Kompetenzen, die einen breiten Transfer- und Problemlösefähigkeitswert haben. Der RLP nennt u.a. Selbst- und Persönlichkeitskompetenzen, Digitalität und damit verbundene Kompetenzen sowie politische Bildung als transversale Bildungsziele. Um den Herausforderungen und Problemen im Kontext von Digitalität zu begegnen, sollen technische, anwendungsorientierte und gesellschaftlich-kulturelle Perspektiven sowie zugehörige Kompetenzen in allen Fächern gefördert werden. Die Schüler und Schülerinnen sollen u.a. mit Daten und Informationen umgehen lernen, Verfahren der Automatisierung verstehen und anwenden können, mit automatisierten Datenverarbeitungsprozessen Sachverhalte analysieren, digitale Identität und damit verbundene gesellschaftliche Prozesse (inklusive Recht auf informationelle Selbstbestimmung) reflektieren, Kommunikation und Kollaboration gestalten sowie Informationsgesellschaften und den Einfluss von Digitalität auf ökonomische, soziale und politische Zusammenhänge verstehen. Im Fach Informatik soll nebst dem Aufbau von technologischen Fähigkeiten und Wissen explizit auch auf aktuelle informatische Herausforderungen verwiesen werden, u.a. auch mit Bezügen zur BNE sowie zur politischen Bildung. Ebenso sind im Fach Geschichte, das als Leitfach für politische Bildung bestimmt wurde, politische Lernprozesse mit Bezug zu Digitalität vorgesehen. Zwar sind Kompetenzen im Umgang mit digitaler Information (digitale Quellen, Desinformation, epistemologische Grundfragen) nicht explizit erwähnt, entsprechende Lerngelegenheiten dürften jedoch durch den wissenschaftsbasierten Zugang des Fachs durchaus gegeben sein.

Gemäss EDK-Reglement vom 25. Oktober 2018 über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen[84] haben die Fachmittelschulen den Auftrag, ihren Schülerinnen und Schülern eine vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln, ihre Selbst- und Sozialkompetenz zu fördern und sie in die spezifischen Kompetenzen und Kenntnisse von Berufsfeldern einzuführen. Der RLP für Fachmittelschulen[85] ist ebenfalls kompetenzbasiert ausgerichtet und trat am 1. August 2019 in Kraft. Die Allgemeinbildung führt zu einem Welt- und Gesellschaftsverständnis, das ein eigenständiges Beurteilen und ein kompetentes, gestaltendes und verantwortungsvolles Handeln ermöglicht. Im Rahmen der überfachlichen Kompetenzen lernen die Schülerinnen und Schüler u.a. mit Digitalisierung umzugehen und Medien aller Art kritisch zu nutzen. Das Fach Informatik fördert ein kritisches Reflektieren der Auswirkungen von Informatik und Digitalisierung auf die Gesellschaft. Die politische Bildung ist den Fächern Geschichte, Wirtschaft und Recht sowie Philosophie zugeordnet.

Berufliche Grundbildung

Das duale Berufsbildungssystem kann einen relevanten Beitrag zur politischen Bildung leisten, wobei sowohl die Berufsfachschule als auch der Lehrbetrieb wichtige Rollen einnehmen: Indem Lernende in ein reales, intergenerationelles und hierarchisches Arbeitsumfeld integriert werden, ermöglicht das duale System einen Lernprozess, der auf beruflichen Qualifikationen und auf gelebten Erfahrungen in konkreten Situationen basiert. Die Teilnahme an Entscheidungsprozessen, die Beobachtung beruflicher Praktiken, die kollektive Informationsbewältigung und der Dialog mit Kolleginnen und Kollegen mit

[82] www.edk.ch > Dokumentation > Rechtstexte und Beschlüsse > Rechtssammlung > Rahmenlehrpläne > 5.2 Rahmenlehrplan Gymnasiale Maturitätsschulen vom 20. Juni 2024.
[83] www.edk.ch > Themen > Gymnasium.
[84] www.edk.ch > Themen > Fachmittelschulen > Reglemente und Rahmenlehrplan > Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 25. Oktober 2018 (25.6.2020).
[85] www.edk.ch > Themen > Fachmittelschulen > Rahmenlehrplan für Fachmittelschulen (25.10.2018).

unterschiedlichen Werdegängen fördern die Entwicklung von kritischem Denken, Informations- und Verantwortungsbewusstsein anhand von realen Erfahrungssituationen.

Der allgemeinbildende Unterricht in den Berufsfachschulen vermittelt grundlegende Kompetenzen zur Orientierung in der Gesellschaft. Gemäss RLP für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung[86] gehören dazu unter anderem der kritische Umgang mit der Vielfalt von Quellen und Medieninhalten, vernetztes und systemisches Denken, um sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig handeln zu können, sowie das Erkennen und Analysieren politischer Prozesse, Interessenkonflikte und Machtverhältnisse. Somit wird die politische Bildung im RLP unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Im Lernbereich Gesellschaft werden die Dimensionen Ethik, Identität und Sozialisation, Kultur, Ökologie, Politik, Recht, technologische und digitale Transformation sowie Wirtschaft miteinander vermittelt, was eine gute Ausgangslage für interdisziplinäres und transversales Lernen schafft. Im Lernfeld Politik sollen sich die Lernenden mit aktuellen Fragen auseinandersetzen, dabei die Interessen anderer sowie entsprechende Strategien erkennen und sich gleichzeitig ihrer eigenen Interessen sowie subjektiven und gesellschaftlichen Werte bewusst werden. Zudem sollen sie darin gefördert werden, sich politisch zu beteiligen. Digitale Kompetenzen sind im Lernfeld technologische und digitale Transformation formuliert: Hier wird ein proaktiver und kritischer Umgang mit Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen auf Individuum und Gesellschaft explizit erwähnt. Dabei analysieren die Lernenden auch Chancen und Risiken von KI und nutzen die entsprechenden Mittel und Anwendungsmöglichkeiten.

Im RLP für die Berufsmaturität (BM)[87] ist das Thema Desinformation grundsätzlich verankert und wird in verschiedenen Fächern mit unterschiedlichen Schwerpunkten behandelt. Im Fach Erste Landessprache, dessen fachliche Kompetenzen für alle BM-Ausrichtungen gleich definiert sind, ist Desinformation explizit im Teilgebiet Medien verortet: Erscheinungsformen wie Fake News, Deepfakes und Propaganda werden behandelt. Im Fach Geschichte und Politik, dessen fachliche Kompetenzen ebenfalls für alle BM-Ausrichtungen gleich definiert sind, wird Desinformation zwar nicht ausdrücklich genannt, aber zentrale Kompetenzformulierungen greifen wesentliche Aspekte des Themas auf, womit die Mechanismen implizit behandelt werden. Dazu gehören: «sich sachgerecht informieren, sich in der Vielfalt der Informationen zurechtfinden sowie eine fundierte Meinung bilden und begründen»; «die Wirkung von Propaganda, Feindbildern und Massenpsychologie erkennen» oder «Mythen als geschichtswirksame Kräfte wahrnehmen, sie von der historischen Realität unterscheiden und ihre Instrumentalisierung in Politik und Wirtschaft erkennen». Darüber hinaus sollen in allen Fächern überfachliche Kompetenzen – einschliesslich Fähigkeiten für interdisziplinäres Arbeiten – die Reflexionsfähigkeit der Lernenden sowie der kritische Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere mit KI, gefördert werden.

Die konkrete Umsetzung der Inhalte aus den RLP kann an Schulen sehr unterschiedlich ausfallen. Im Bereich der Politischen Bildung werden häufig auch externe Angebote beigezogen, die Kompetenzen digitaler Staatsbürgerschaft («digital citizenship») mehr oder weniger explizit ansprechen und fördern[88].

4.3 Tertiärstufe: Ausbildung von Lehrpersonen

Lehrpersonen für die obligatorische Schule und allgemeinbildende Schulen

An den Pädagogischen Hochschulen (PH) und in universitären Lehrer- und Lehrinnenbildungsgängen werden angehende Lehrpersonen dafür ausgebildet, nach Lehrplan unterrichten zu können. Obschon Politische Bildung in den Lehrplänen als transversales Bildungsziel genannt wird, stehen fachdidaktische Einführungen oftmals bloss Studierenden mit fachlicher Vertiefung in Gesellschaftswissenschaften (Geografie, Geschichte, Ethik, Religionen) offen, häufig als einsemestrige Angebote und einzelne Lehrveranstaltungen. Eine Umfrage zur Situation der Politischen Bildung an PHs zeigt, dass Konzepte und

[86] www.sbfi.ch > Bildung > Berufs- und Weiterbildung > Berufliche Grundbildung > Allgemeinbildung > Rahmenlehrplan für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.
[87] www.sbfi.ch > Bildung > Berufs- und Weiterbildung > Berufliche Grundbildung > Berufsmaturität > RLP-BM.
[88] Als Beispiele dienen www.discussit.ch, yes.swiss/programme/jugend-debattiert, schweizdebattiert.ch oder www.zh.ch/de/politik-staat/teilhabe/cinecivic.html.

didaktische Zugänge der digitalen politischen Bildung regelmässig in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz aufgegriffen werden.[89] In der Deutschschweiz liegt der Fokus auf Zugängen der Demokratiebildung, politischen Kompetenzen und kritischem Denken im Allgemeinen. Es bestehen jedoch drei Masterstudiengänge, die zukünftige Dozierende im Bereich gesellschaftswissenschaftliche Fachdidaktiken qualifizieren und u.a. Fragestellungen der DCE aufgreifen.[90] Die Nachfrage nach Weiterbildungen hält sich in Grenzen, womit sich bereits hier eine Selektion entlang von persönlichen Interessen ergibt. In der Praxis gestaltet sich die Situation derart, dass Lehrpersonen politische Themen oft ohne vertiefte Ausbildung behandeln müssen. Dies kann insbesondere bei kontroversen Themen mit Unsicherheit einhergehen, etwa in Bezug auf die eigene Rolle. Hierzu kann der Beutelsbacher Konsens, der zentrale Prinzipien für Politische Bildung formuliert, als Orientierung herangezogen werden.[91]

In jüngerer Zeit haben zahlreiche Lehrmittelverlage der Schweiz (hep, Lehrmittelverlag Zürich, Schulverlag plus, etc.) neue Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien für die digitale Bildung erarbeitet, in denen auch das Thema Desinformation thematisiert wird. Weitere Materialien der Politischen Bildung mit Aktualitätsbezug und didaktischen Hintergrundinformationen finden sich auf dem Bildungsserver ZEBIS, der Homepages PB-Tools des Zentrums für Demokratie Aarau sowie von éducation21.[92] Weitere zivilgesellschaftliche Initiativen enthalten Lernmaterialien für die DCE (s. Kapitel 5.2).

Lehrpersonen für die berufliche Grundbildung

Berufsbildungsverantwortliche bilden Lernende an den drei Lernorten Lehrbetrieb, überbetriebliche Kurse und Berufsfachschule aus. Berufsbildungsverantwortliche werden hauptsächlich an PHs und universitären Lehrer- und Lehrinnenbildungsgängen ausgebildet gemäss RLP für Berufsbildungsverantwortliche.[93] In den RLP für Berufsbildungsverantwortliche sind die transversalen Themen Digitalisierung, nachhaltige Entwicklung und Chancengerechtigkeit für jedes Profil verankert: Berufsbildner und Berufsbildnerinnen in Lehrbetrieben und überbetrieblichen Kursen sowie Lehrpersonen für Berufskunde, Allgemeinbildung, für Fächer in der Berufsmaturität und für Sportunterricht in der beruflichen Grundbildung. Die RLP nehmen diese transversalen Themen mit ihrer evolutiven Dimension auf und bieten zugleich Raum, auch anderen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die Flughöhe der RLP erlaubt den Bildungsinstitutionen eine Anpassung der Bildungsgänge an die beruflichen, gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen.

5 Massnahmen im non-formalen Bildungsbereich

Neben der formalen Bildung fördern Bund, Kantone, Gemeinden und zivilgesellschaftliche Akteure politische Bildung und Medienkompetenz durch zahlreiche Angebote im ausserschulischen Bereich der non-formalen Bildung. Diese ermöglichen Kindern und Jugendlichen gleichermassen den Erwerb vielfältiger Kompetenzen und Kenntnisse. Eine aktualisierte Übersicht der bundesweiten Massnahmen im Sinne einer «nationalen Gesamtschau» findet sich im Anhang.

[89] Waldis u. a., *Zum Stand der Politischen Bildung an Schweizer Pädagogischen Hochschulen. Bericht zuhanden der PH Kammer.* Für die Nachqualifikation von Lehrpersonen für den Fachbereich «éducation numérique» bietet z.B. die Universität Genf Weiterbildungsmodule für Lehrpersonen im Umfang eines CAS-DAS an: Institut Universitaire de Formation pour l'Enseignement > Formation continue > CAS-DAS romand Personne ressource en éducation numérique. Weitere CAS-Angebote zu Politischer Bildung und Demokratiebildung stammen von der PH Luzern und den Universitäten Genf und Lausanne: PH Luzern > Weiterbildung > CAS – Certificate of Advanced Studies > CAS Kinderrechte, Demokratie und Menschenrechte leben, lernen und lehren; Universität Genf Centre pour la formation continue et à distance > Formations par type > CAS «Participation citoyenne et démocratie»; Formation continue UNIL EPFL > Formations > CAS Gouvernance participative et actions locales.

[90] Vgl. www.bildungswissenschaften.unibas.ch > Masterstudium > Fachdidaktik (Joint Degree) > Vertiefungsrichtung Geschichte und Politische Bildung; www.phlu.ch > Studium > Studiengänge > Fachdidaktik > NMG + NE.

[91] Widmaier und Zorn, *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*, Bd. 1793.

[92] www.zebis.ch; www.pb-tools.ch; www.education21.

[93] www.sbfi.ch > Bildung > Berufs- und Weiterbildung > Berufsbildungssteuerung > Berufsbildungsverantwortliche > Rahmenlehrplan für Berufsbildungsverantwortliche.

5.1 Bund und Kantone

Bund und Kantone arbeiten in der Kinder- und Jugendpolitik zusammen und informieren sich gegenseitig über die Aktivitäten und Entwicklungen. Soweit nötig, werden die Gemeinden miteinbezogen (Art. 18 Abs. 1 Kinder- und Jugendförderungsgesetz [KJFG][94]).

Das BSV ist auf Bundesebene das Fachamt für die Kinder- und Jugendpolitik. Ziel der Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz ist es, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu fördern, sie wo nötig zu schützen und ihre Mitwirkung am politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ein zentrales Element ist dabei die Förderung von Autonomie, gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Beteiligung. Entsprechende Aktivitäten werden insbesondere über die Finanzhilfen gestützt auf das KJFG gefördert. Dieses Gesetz trägt dazu bei, dass sich Kinder und Jugendliche zu Personen entwickeln, die Verantwortung für sich selber und für die Gemeinschaft übernehmen, sowie sich sozial, kulturell und politisch integrieren können (Art. 2 KJFG). Hauptakteure sind national tätige Dachorganisationen und private Trägerschaften wie Jugendverbände.[95] Ihre Projekte und Angebote können auch Initiativen zur politischen Beteiligung junger Menschen darstellen (s. auch Kapitel 5.2).

Gestützt auf das KJFG fördert der Bund auch den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Fachpersonen, die in der Kinder- und Jugendpolitik tätig sind (Art. 18 Abs. 2 KJFG). In diesem Zusammenhang fand am 4. November 2025 in Bern das erste Nationale Forum Politische Bildung statt. Indem rund 200 Fachpersonen aus Bildung, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Praxis zusammenkamen, wurde nicht nur die Sichtbarkeit der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen, sondern auch die Vernetzung der Akteur/innen und die Weiterentwicklung der politischen Bildungslandschaft gefördert. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf ausserschulischen Angeboten sowie auf der Frage, wie politische Bildung wirksam zur Stärkung von Partizipation beitragen kann. Das Forum war Teil eines Legislaturziels des Bundesrats und wurde von Bund und Kantonen gemeinsam getragen. Durchgeführt wurde die Veranstaltung vom BSV in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Fachkonferenz Citoyenneté (IFC) und dem Campus Demokratie. Die IFC stellte dabei die Vertretung der Kantone sicher. Sie ist bei der ch Stiftung angesiedelt und wird unter anderem vom Generalsekretariat der EDK und vom Generalsekretariat der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) fachlich unterstützt. Gegründet 2023 und bestehend aus 26 Kantonsdelegierten aus der Bildungsverwaltung, der Kinder- und Jugendpolitik ebenso wie den Staatskanzleien, tauscht sich die IFC regelmässig zu verschiedensten Aspekten rund um die Politische Bildung in den Kantonen aus. Die politische Mediennutzung stand zuletzt im Zentrum der Mitgliederversammlungen vom 4. Dezember 2025, gemeinsam mit Vertretenden kantonaler Jugendkommissionen, und vom 5. Mai 2026, zusammen mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ).

Darüber hinaus engagiert sich der Bund für den Jugendschutz, insbesondere im Bereich digitale Medien. Am 1. Januar 2025 traten das Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG)[96] sowie die dazugehörige Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV)[97] teilweise in Kraft. Das JSFVG schafft rechtliche Grundlagen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor ungeeigneten Medieninhalten und zur Förderung der Medienkompetenz sowie Prävention. Dazu gehört auch die Förderung von Kompetenzen zum Umgang mit Desinformation.

Ein zentrales Instrument des Bundes zur Förderung von Medienkompetenz ist die nationale Plattform Jugend und Medien[98], welche die Medienkompetenz von Erziehungsberechtigten, Bezugspersonen und Fachpersonen fördert, verlässliche Informationen liefert und den Austausch sowie die Vernetzung der Akteure begünstigt. Das Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen einen altersgerechten, sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen. Die Plattform befasst sich unter

[94] SR **446.1**.
[95] Z.B. Jugendsession (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV), Tag der Demokratie (Stiftung Dialog), kantonale Jugendparlamente, easyvote (Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ), Kinderkonferenz (Kinderdorf Pestalozzi).
[96] SR **446.2**.
[97] SR **446.21**.
[98] www.jugendundmedien.ch.

anderem mit Themen wie Desinformation und Fake News sowie mit der Bedeutung von Medienkompetenzen für eine demokratische Gesellschaft.

Gemäss Art. 29 Abs. 3 JSFVG kann der Bund überregionale Aktivitäten oder Modellprojekte, die der Sensibilisierung, Vernetzung oder fachlichen Weiterentwicklung dienen, finanziell unterstützen. Organisationen, Kantone und Gemeinden können damit Projekte zur Förderung der Medienkompetenz und zur Prävention von Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Medien (inkl. Desinformation) einreichen.

Ebenfalls auf Bundesebene weist auch die Bundeskanzlei starke Bezüge zur politischen Bildung auf und setzt eine Vielzahl an Massnahmen um (s. Anhang). In diesem Zusammenhang stellt sie Informationsmaterial mit staatskundlichem Hintergrund bereit, beispielsweise «Der Bund kurz erklärt» und die App CH Info. Sie sorgt weiter für die Kommunikation von Regierungsentscheiden (Art. 180 Abs. 2 BV; Art. 10 RVOG) sowie für die Information der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen (Art. 10*a*, 11 und 34 BPR), unter anderem über die App VoteInfo.

Hervorgehoben sei an dieser Stelle zudem der zum Berichtszeitpunkt noch nicht in Kraft getretene neue Artikel 87*a* des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR)[99], den die eidgenössischen Räte am 19. Juni 2026 beschlossen haben[100]. Dieser sieht einerseits vor, dass der Bund selbst Massnahmen zur Demokratieförderung ergreifen kann. Andererseits soll der Bund auch privaten gemeinnützigen Trägerschaften Finanzhilfen für die Durchführung von Projekten der non-formalen politischen Bildung und der Demokratieförderung gewähren können. Die Mittel und Instrumente, mit denen Artikel 87*a* BPR nach seinem Inkrafttreten umgesetzt wird, sind noch nicht bestimmt. Ebenso bleiben die Zuständigkeits- und Ressourcenfragen offen. Die neue Bestimmung schafft aber die nötige Rechtsgrundlage, um die bestehenden Massnahmen im Bereich Prävention und Umgang mit Desinformation und Beeinflussungsaktivitäten ausländischer Akteure zu erweitern.

5.2 Initiativen der Zivilgesellschaft

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure in der Schweiz engagieren sich im Bereich digitale Bildung und «digital citizenship».

Plattformen wie die Webseite der Digitalen Zivilgesellschaft Schweiz und des Campus Demokratie[101] bieten einen Überblick über viele dieser Akteure und Projekte (mit Bezug zu DCE) und fördern deren Vernetzung. Zudem tragen verschiedene Stiftungen[102] oder der DSJ durch Förderung und eigene Programme dazu bei, digitale Lernprozesse weiterzuentwickeln und die gesellschaftlichen Auswirkungen der digitalen Transformation zu reflektieren. Das vielfältige Angebot richtet sich sowohl an Eltern und pädagogische Fachpersonen, denen für den schulischen Kontext konkrete Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt werden, als auch an die breite Bevölkerung im Sinne des lebenslangen Lernens in Anlehnung an das DCE-Handbuch (s. Kapitel 3.3). Da Desinformation auf die gesamte Gesellschaft wirkt (s. Kapitel 2), können von solchen Initiativen grundsätzlich alle Altersgruppen profitieren. Exemplarische Beispiele für den schulischen Kontext (a) bzw. für ein breiteres Zielpublikum (b) sind die Folgenden, wobei sich die Kontexte schulisch-ausserschulisch teils auch vermengen und keine eindeutigen Trennlinien zu ziehen sind:

a. Projekt «CheckNews», fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich und Mercator Stiftung; Workshops für Schulklassen zum Thema «Education à l'information et aux médias», Universität Neuenburg; Unterrichtseinheiten von Schweizer Radio und Fernsehen «SRF school»; Website «UseTheNews (Schweiz)», Verlegerverband Schweizer Medien; Kurse und

[99] SR **161.1**.
[100] BBl **2026 1765**.
[101] digitalezivilgesellschaft.ch (Webseite betrieben von der Digital Alliance, welcher zivilgesellschaftliche Akteure mit Fokus Digitalisierung angehören), campusdemokratie.ch.
[102] Z.B. TA-SWISS, Gebert-Rüf-Stiftung, Jacobs-Stiftung, Mercator, Ernst-Göhner-Stiftung, Palantin-Stiftung, BEKB Förderfonds, Demokratie Stiftung Basel, Pro Juventute, temperatio.

Workshops, beispielsweise von Mileva Institut oder zischtig.ch; Webseiten, Blogs und Podcasts von Lehrpersonen, Autoren und Autorinnen, Digitalexperten und -expertinnen.[103]

b. Workshops und Kurse, beispielsweise von Netpathie, Paulus Akademie, Volkshochschule; Ausstellungen in Museen, Bibliotheken und an weiteren öffentlichen Orten wie: «Fake», Stapferhaus Lenzburg (2017); «Fakt, Fake oder Meinung?», Verkehrshaus der Schweiz in Zusammenarbeit mit Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft (2025); «New Realities – wie künstliche Intelligenz uns abbildet», Stadtmuseum Aarau (2026); «Deep Fakes: Art and Its Double», EPFL Pavilions, École polytechnique fédérale de Lausanne (2021) oder andere Formate: Video «Switzerland does not exist», Fotomuseum Winterthur in Kollaboration mit Künstler und KI-Experten «Karpi» (Patrick Karpiczenko); Blog des Museums für Kommunikation, Webseite «Toutcru», Kanton Genf; Schweizer Jugendmedienwoche YouNews.[104]

Die Stärken zivilgesellschaftlicher Angebote liegen in der Vielfalt, Flexibilität, Expertise und Innovationskraft, während eine schwer einzuschätzende Nutzung, eine begrenzte Wirkungsevaluation und oft unsichere Finanzierungen zentrale Herausforderungen darstellen.

6 Schlussfolgerungen

Digitale Plattformen, soziale Medien und generative KI verändern den Informationszugang, den öffentlichen Diskurs und die politische Meinungsbildung grundlegend. Einerseits eröffnen sie neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, andererseits begünstigen sie die Verbreitung von Desinformation und schaffen damit neue Herausforderungen für demokratische Gesellschaften. Der Umgang mit digitalen Technologien, insbesondere durch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, erfordert einen ausgewogenen Ansatz, der sowohl Risiken als auch Chancen berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund gewinnen politische Bildung, Medienbildung, Informationskompetenz und digitale Kompetenzen als transversale Bildungsziele an Bedeutung. Sie tragen dazu bei, demokratische Teilhabe und Mitgestaltung zu stärken sowie kritische Urteilsfähigkeit und einen reflektierten, verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Informationsumgebungen zu fördern. Relevante Kompetenzen entwickeln sich im Zusammenspiel verschiedener Lern- und Sozialisationskontexte und werden in formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozessen gestärkt.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Schweiz im internationalen Vergleich wichtige Stärken aufweist, die ihre Vulnerabilität gegenüber Desinformation verringern. Sie verfügt über ein hohes Bildungsniveau, stabile demokratische Institutionen, eine vielfältige Medienlandschaft sowie auf allen Bildungsstufen verankerte Grundlagen in politischer Bildung und Medienbildung. Diese strukturellen Eigenheiten bilden jedoch keine statische Stärke, sondern bedürfen angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen kontinuierlicher Aufmerksamkeit. Die bestehenden Lehrpläne belegen, dass die Förderung wichtiger Kompetenzen in allen Sprachregionen curricular verankert ist und sowohl in der obligatorischen Schule als auch auf der Sekundarstufe II als kompetenzorientiertes Bildungsziel verfolgt wird. Mit der «éducation numérique» berücksichtigt insbesondere der französischsprachige PER für die obligatorische Schule gesellschaftliche, demokratische und ethische Dimensionen digitaler Kommunikation in verstärktem Mass. Dabei bestehen zahlreiche Anknüpfungspunkte zu internationalen Referenzrahmen (wie DigComp der Europäischen Kommission oder dem Konzept des Europarats zur «digital citizenship education»), welche digitale, politische, mediale und Demokratiebildung zu einem umfassenden Kompetenzverständnis für die aktive Gestaltung digitaler Lebenswelten verbinden. Auch über die Schule hinaus wird die Förderung relevanter Kompetenzen von einer Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure getragen. Diese stellen ein breites Spektrum an Bildungs- und Sensibilisierungsangeboten in ausserschulischen und teilweise auch schulischen Kontexten bereit. Insgesamt verfügt die Schweiz

[103] www.iqesonline.net/bildung-digital/checknews; www.unine.ch > Faculté des sciences économiques > Académie du journalisme et des médias > Education à l'information et aux medias; SRF school; usethenews.ch; www.mileva-institut.ch > Workshop und Events; www.zischtig.ch > Angebote; educationauxmedias.ch; blog.doebe.li.

[104] www.netpathie.net; www.paulusakademie.ch; Fotomuseum Winterthur, «Medienmitteilung Fotomuseum Winterthur».; www.youmedia.ch > younews; edu.ge.ch/site/toutcru.

damit über solide Grundlagen und Strukturen zur Stärkung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation und anderen Herausforderungen digitaler Informationsräume.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie diese bestehenden Voraussetzungen angesichts der Dynamik digitaler Informationsumgebungen langfristig erhalten, weiterentwickelt und für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen wirksam nutzbar gemacht werden können. Offen bleibt ausserdem, wie die digitale Bürgerschaft bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Ausbildung aber auch bei allen übrigen Altersgruppen nachhaltig gestärkt werden kann. Bildungsinstitutionen nehmen zwar eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Orientierungs-, Reflexions- und Urteilskompetenzen ein; Politische Bildung, Medienbildung und digitale Kompetenzen sind jedoch häufig als transversale Bildungsziele organisiert und institutionell weniger klar verankert als klassische Fächer. Ihre Umsetzung variiert je nach kantonalen Rahmenbedingungen, schulischen Prioritäten sowie verfügbaren Ressourcen und Kompetenzen einzelner Schulen und Lehrpersonen, wodurch Unterschiede in Intensität, Verbindlichkeit und Qualität entstehen. Zudem lässt sich die Wirksamkeit der Massnahmen aufgrund der begrenzten empirischen Datenlage für die Schweiz bislang nur eingeschränkt beurteilen. Hinzu kommt, dass Lehrpläne und Bildungsinstitutionen bereits heute eine Vielzahl gesellschaftlicher Erwartungen erfüllen müssen und die curricularen Bedingungen stark verdichtet sind. Die Dynamik digitaler Informationsumgebungen verschärft diese Herausforderungen zusätzlich. Plattformökonomien, algorithmische Steuerung von Aufmerksamkeit und generative KI entwickeln sich schneller, als Lehrpläne, Lehrmittel und institutionelle Prozesse angepasst werden können. Gleichzeitig funktionieren digitale Kommunikationsräume häufig grenzüberschreitend und entziehen sich teilweise regulatorischen Eingriffen.

Zentral ist zudem die Erkenntnis, dass Bildung allein die genannten Herausforderungen nicht allein bewältigen kann. Die Förderung und Stärkung der digitalen Bürgerschaft ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen, die weder einzelnen Politik- oder Bildungsbereichen noch einzelnen Akteuren zugeordnet werden kann. Vielmehr erfordert sie das Zusammenwirken verschiedener staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, Bildungsinstitutionen, Fachstellen, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft. Der vorliegende Bericht soll die relevanten Akteure sensibilisieren, um im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten geeignete Massnahmen abzuleiten. Es ergeben sich folgende mögliche Handlungsfelder:

- **Politische und digitale Bildung, Medienbildung und Informationskompetenz integriert behandeln:** Die kritische Reflexion von Informationen, die politische Meinungsbildung und die verantwortungsvolle demokratische Teilhabe erfordern Kompetenzen an der Schnittstelle von Politik, Medien und Technologie, insbesondere KI. Politische Bildung, Medienbildung und digitale Bildung sollten daher stärker verknüpft werden. Im Sinne der «digital citizenship education» (DCE) gilt es, Orientierungs-, Reflexions- und Urteilskompetenzen sowie demokratische Erfahrungsräume in schulischen und ausserschulischen Kontexten zu stärken. Zentral sind dabei die Koordination der relevanten Akteure, die Sichtbarkeit bestehender Angebote sowie die Nutzung und Weiterentwicklung bestehender Förderinstrumente.
- **Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen stärken:** Lehrpersonen benötigen fachliche, didaktische und gesellschaftliche Kompetenzen, um digitale Informationspraktiken, Desinformation und KI-gestützte Kommunikationsformen reflektiert und differenziert im Unterricht thematisieren zu können. Entsprechenden Weiterbildungsangeboten der PHs kommt eine wichtige Rolle zu, um nicht nur neue, sondern auch etablierte Lehrpersonen zu erreichen.
- **Empirische Grundlagen ausbauen:** Die digitalen Informationsumgebungen verändern sich dynamisch und wirken sich auf demokratische Kultur, gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Teilhabe gleichermassen aus. Forschungsbedarf besteht insbesondere hinsichtlich Informationsverhalten, der Wirkung von Desinformation, Bedingungen von News-Deprivation und -Interesse, Plattformnutzung durch junge Menschen sowie der Wirksamkeit von Massnahmen im Bereich politischer Bildung, Medienbildung und digitaler Bildung.
- **Koordination stärken**: Politische Bildung erstreckt sich über verschiedenen Zuständigkeiten in den formalen, non-formalen und informellen Bildungsbereichen. Potenzial besteht insbesondere in einer stärkeren Zusammenarbeit und Koordination zwischen den zuständigen Bundesstellen sowie mit den Kantonen. Regelmässige Austauschformate und gemeinsame Plattformen schaffen dabei Möglichkeiten für den Wissenstransfer, die Nutzung von Synergien und die Abstimmung von Aktivitäten.

Zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz sind unterschiedliche Voraussetzungen von Bedeutung. Dazu gehören transparente und glaubwürdige Informationen staatlicher Institutionen, qualitativ hochwertige und zugängliche journalistische Angebote sowie deliberative Formate, die zur Vertiefung, Begegnung und zum Meinungsaustausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern einladen und Vertrauen in demokratische Prozesse schaffen. Die hierfür erforderlichen Kompetenzen und Rahmenbedingungen entstehen im Zusammenspiel von Individuen, Institutionen und Gesellschaft. Die Resilienz gilt es langfristig und nachhaltig zu stärken, um die Voraussetzungen für eine informierte, selbstbestimmte und demokratisch handlungsfähige Gesellschaft auch unter sich wandelnden digitalen Bedingungen zu sichern.

7 Glossar

Desinformation: «irreführende oder vollständig erfundene Informationen, die absichtlich verwendet werden, um auf die Meinungsbildung der Bevölkerung Einfluss zu nehmen, politische Prozesse zu beeinflussen, die Glaubwürdigkeit von Institutionen und Medien anzugreifen oder Zweifel an der Zuverlässigkeit von Informationen zu säen». Damit grenzt sich Desinformation von (gutgläubiger) Falsch- bzw. Fehlinformation (englisch «misinformation»[105]) ab: Sie umfasst nicht «in gutem Glauben gemachte Fehler und Fehlinformationen, keine Satire, Parodie oder eindeutig als solche gekennzeichneten parteiischen Informationen und Kommentare» [106].

Beeinflussungsaktivitäten «umfassen ein grösseres Instrumentarium, zu dem auch Desinformation» und Propaganda[107] zählen, «und zielen darauf ab, die Wahrnehmung, das Denken und das Handeln von Individuen, Gruppen und Gesellschaften zu manipulieren. Diese Aktivitäten können von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren betrieben werden».[108]

Fake News: ein facettenreiches, umstrittenes und teils vielfältig definiertes Schlagwort. Im Kern geht es um «falsche Tatsachenbehauptungen, die in bösem Glauben geäussert und zu Zwecken der politischen Manipulation, aus finanziellen oder anderen persönlichen Gründen verbreitet werden und ihre Macht aus der neuen Dynamik der sozialen Netzwerke ziehen».[109]

Politische Bildung: «Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren.»[110]

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE): Die BNE verfolgt das Ziel, bei «Schülerinnen und Schülern Kompetenzen zu entwickeln, die es ihnen ermöglichen, die Komplexität der Welt zu erfassen, sie kritisch zu durchdenken und mit ihren Werten und Möglichkeiten danach zu handeln. BNE verbindet verschiedene Elemente wie Themen, Kompetenzen, Prinzipien, Methoden und Lernmittel. Sie ist eine inhaltliche Ausrichtung, welche allen Disziplinen als Orientierung dient und auf die Schule als Ganzes anwendbar ist.»[111]

Medienkompetenz bezeichnet die Gesamtheit der Fähigkeiten, Medienangebote zu analysieren, (journalistische Qualität) kritisch zu bewerten, auszuwählen, einzuordnen, zu nutzen und selbst zu gestalten. Teilaspekte von Medienkompetenz umfassen Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung.[112] Im angelsächsischen Raum wird unter «media literacy» Zugang, Verständnis, kritische Bewertung sowie kreative Produktion von Medieninhalten subsummiert.[113]

---

[105] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.

[106] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*. Im vorliegenden Bericht wird Desinformation bewusst in einem breiten Sinn als Sammelbegriff verwendet.

[107] Propaganda kann als Instrument zur Beeinflussung von Meinungen im Grundsatz der Wahrheit entsprechen; die Informationen werden jedoch bewusst so gewählt, gefärbt und ausgelegt, dass sie eine bestimmte Auffassung oder Sichtweise beim Empfänger erzeugen und fördern, vgl. Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.

[108] Gemäss Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*.

[109] Bundesrat, *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*, 27.

[110] Für die genaue Definition, s. *Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung*.

[111] www.education21.ch > BNE kurz erklärt.

[112] Baacke, «Medienkompetenz. Begrifflichkeit und sozialer Wandel».

[113] Potter, *Media Literacy*; Baacke, «Medienkompetenz. Begrifflichkeit und sozialer Wandel».

Non-formale Bildung: «findet grundsätzlich ausserhalb institutionalisierter Bildungseinrichtungen statt und wird daher häufig als ausserschulische Bildung bezeichnet. Das Lernen basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, es ist zielgerichtet und den individuellen Interessen angepasst.»[114]

Informationskompetenz bezeichnet die Fähigkeit, Informationsbedarfe zu erkennen, relevante Informationen zu recherchieren, deren Qualität zu beurteilen und sie sachgerecht weiterzuverwenden. Der Begriff stammt aus der Bibliotheks- und Informationswissenschaft[115].

Digitale Kompetenz («digital literacy») umfasst demgegenüber die Fähigkeiten, digitale Technologien sachgerecht, kritisch, kreativ und verantwortungsvoll zu nutzen. Während frühe Konzepte primär technische Bedienkompetenzen betonten, werden heute auch kommunikative, sicherheitsrelevante, ethische und gesellschaftliche Dimensionen einbezogen[116].

[114] Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), *Politische Bildung in der Schweiz. Positionspapier*.
[115] Association of College and Research Libraries, «Framework for information literacy for higher education.»
[116] Gilster, *Digital Literacy*; Ferrari, *DIGCOMP: A Framework for Developing and Understanding Digital Competence in Europe.*; Vuorikari u. a., «DigComp 2.2 The Digital Competence Framework for Citizens - With new examples of knowledge, skills and attitudes».

8 Abkürzungsverzeichnis

BAKOM	Bundesamt für Kommunikation
BBG	Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz) vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10)
BK	Bundeskanzlei
BM	Berufsmaturität
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
BPR	Bundesgesetz über die politischen Rechte vom 17. Dezember 1976 (SR 161.1)
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
DCE	Digital Citizenship Education
DigComp	Digital Competence Framework for Citizens
DSJ	Dachverband Schweizer Jugendparlamente
EDK	Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren
ERG	Ethik, Religionen und Gesellschaft
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
HarmoS-Konkordat	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule
HFKG	Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz) vom 30. September 2011 (SR 414.20)
IFC	Interkantonale Fachkonferenz Citoyenneté
JSFVG	Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele vom 30. September 2022 (SR 446.2)
KI	Künstliche Intelligenz
KJFG	Bundesgesetz über die Förderung der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendförderungsgesetz) vom 30. September 2011 (SR 446.1)
LP21	Lehrplan21
MAR	Maturitätsanerkennungsreglement
MAV	Verordnung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätszeugnissen (Maturitätsanerkennungsverordnung) vom 28. Juni 2023 (SR 413.11)
NMG	Natur, Mensch, Gemeinschaft
PdS	Piano di Studio
PH	Pädagogische Hochschule
PER	Plan d'études romand
RLP	Rahmenlehrplan
RZG	Räume, Zeiten, Gesellschaften
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
SEPOS	Staatssekretariat für Sicherheitspolitik

9 Bibliografie

Abs, Hermann Josef, Kathrin Hahn-Laudenberg, Daniel Deimel, und Johanna F. Ziemes, Hrsg. ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich. Waxmann Verlag, 2024. www.waxmann.com/buecher/ICCS-2022.

Association of College and Research Libraries. «Framework for information literacy for higher education.» 2016. www.ala.org/acrl/standards/ilframework.

Baacke, Dieter. «Medienkompetenz. Begrifflichkeit und sozialer Wandel». In *Medienkompetenz als Schlüsselbegriff*. Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung, herausgegeben von Antje von Rein. Klinkhardt, 1996. www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-1996/rein96_01.pdf#page=111.

Bennett, Lance, und Steven Livingston. «The Disinformation Order: Disruptive Communication and the Decline of Democratic Institutions». *European Journal of Communication* 33 (April 2018): 122–139. https://iddp.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs5791/files/downloads/The%20Disinformation%20Order;%20Livingston.pdf.

Biedermann, Horst, und Fritz Oser. «Durch partizipative Prozesse zu politischdemokratischem Lernen – ein Patentrezept?» In *Wirkungsanalyse von Demokratie-Lernen. Empirische und theoretische Untersuchungen zur Demokratiedidaktik in Schule und Hochschule*, herausgegeben von Hans-Peter Burth und Volker Reinhardt, Bd. 3. Freiburger Studien zur Politikdidaktik. Opladen, 2020. www.doi.org/10.2307/j.ctv12sdvq5.

Biedermann, Horst, Fritz Oser, Liana Konstantinidou, und Dagmar Widorski. *Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern*. ICCS – International Civic and Citizenship Education Study. Universitas Friburgensis, 2010. www.edudoc.ch/record/87080/files/zu10096.pdf.

Bundesamt für Statistik (BFS). «Sonderpädagogik». 26. Februar 2026. www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/obligatorische-schule/sonderpaedagogik.html.

Bundesrat. *Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 22.3006 SiK-N*. Bern, 2024. www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/88281.pdf.

Bundesrat. *Politische Bildung in der Schweiz - Gesamtschau. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 16.4095, Andrea Caroni, 15.12.2016*. Bern, 2018. www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/54481.pdf.

Bundesrat. *Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau. Entwicklung 2018–2021 der politischen Bildung in der Schweiz*. Bern, 2021. www.sbfi.admin.ch/dam/de/sd-web/kpvckkAH8UDo/bericht-caroni-2018-2021_d.pdf.

Caduff, Claudio. *Politisch urteilen ohne Wissen und Verstehen? Eine Studie zum politischen Wissen und Verstehen von Sekundarstufe-II-Abgängerinnen und -Abgängern im Kanton Luzern*. Hep Verlag, 2020. www.hep-verlag.ch/politisch-urteilen.

Conférence intercantonale de l'instruction publique et de la culture de la Suisse romande et du Tessin (CIIP). „Plan d'études romand". 2024. https://portail.ciip.ch/per/domains.

Consoli, Tessa. «Different Media Education Approaches Predict Distinct Aspects of Digital Citizenship». *Frontline Learning Research*, 2024. https://flr.journals.publicknowledgeproject.org/index.php/journal/article/view/1555/1293.

Consoli, Tessa, und Dominik Petko. «Which Educational Approaches Predict Students' Generative AI Confidence and Responsibility?» *Computers and Education: Artificial Intelligence* 9 (2025). www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2666920X25000712?via%3Dihub.

Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz. *LCH Positionspapier. Politische Bildung in der Schule stärken - das Fundament für eine starke Demokratie legen*. Zürich, 2024. www.lch.ch/fileadmin/user_upload_lch/Politik/Positionspapiere/240524_Positionspapier_PolitischeBildung__Langversion__publiziert.pdf.

Deda-Bröchin, Svenja, Laura Baumann, Isabel Willemse, Jael Bernath, Gregor Waller, und Daniel Süss. *JAMESfocus: Unterhaltung, Information oder Selbstdarstellung: Warum nutzen Jugendliche soziale Netzwerke?* Zürich, 2025. www.zhaw.ch/storage/psychologie/forschung/JAMES/JAMES-focus_SN_Nutzungsmotive_DE.pdf.

Desinformation und Meinung. Von Deepfakes bis Fake News – Informationen & Tipps. 17. März 2026. www.klicksafe.de/desinformation-und-meinung.

Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK). «Lehrplan 21 – von der D-EDK Plenarver sammlung am 31.10.2014 zur Einführung in den Kantonen freigegebene Vorlage. Bereinigte Fassung vom 29.02.2016» 2016. https://v-fe.lehrplan.ch/.

Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport (DECS) del Canton Ticino. «Piano di studio per la scuola dell'obbligo ticinese» 2024. https://pianodistudio.edu.ti.ch/.

Educa. *Digitalisierung in der Bildung*. Bern, 2021. www.educa.ch/sites/default/files/2021-10/Digitalisierung_in_der_Bildung.pdf.

Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ). *Politische Bildung in der Schweiz. Positionspapier*. Bern, 2023. https://ekkj.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekkj/02pubblikationen/Positionspapier/d_Positionspapier_EKKJ_Politische_Bildung_01.pdf.

Europarat. *Digital Citizenship Education (DCE) Handbuch. Online sein, Wohlergehen im Internet, Rechte im Internet*. Council of Europe Publishing, 2022. https://rm.coe.int/digital-citizenship-education-handbook/168093586f.

Europarat. «Europarats-Charta zur politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Empfehlung CM/Rec(2010)7 des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten (verabschiedet vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 anlässlich der 120. Versammlung». Council of Europe Publishing, 2014. https://rm.coe.int/1680489411.

Europarat. *Kompetenzen für eine demokratische Kultur. Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften. Kurze Zusammenfassung.* Council of Europe Publishing, 2016. https://rm.coe.int/16806ccc0b.

Ferrari, Anusca. *DIGCOMP: A Framework for Developing and Understanding Digital Competence in Europe.* With Yves Punie und Barbara Brecko. EUR 26035. Publications Office of the European Union, 2013. https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC83167.

Fischer, Renate, und Otfried Jarren. «The Platformization of the Public Sphere and Its Challenge to Democracy». *Sage Journals* 50 (2023). www.journals.sagepub.com/doi/epub/10.1177/01914537231203535.

Fivaz, Jan, und Daniel Schwarz. *Die Medienkompetenz der Schweizer Bevölkerung. Eine repräsentative Pilotstudie für die deutsch- und französischsprachige Schweiz*. Bern, 2022. www.bakom.admin.ch/dam/de/sd-web/BKqIMlZX29XU/schlussbericht-die-edienkompetenz-derschweizer-bevoelkerung.pdf.

Fletcher, Richard, Simge Andi, Sumitra Badrinathan, u. a. «The Link between Changing News Use and Trust: Longitudinal Analysis of 46 Countries». *Journal of Communication* 75 (Februar 2025): 1–15. https://academic.oup.com/joc/article/75/1/1/7907139?login=true.

fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, Hrsg. *Jahrbuch Qualität der Medien 2022*. Universität Zürich, 2022. www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:e38aba0b-4d51-4b89-a087-ec7d346ed317/JB_2022_online_gesamt_20221206.pdf.

fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich, Hrsg. *Jahrbuch Qualität der Medien Studie 2/2025. Wissen ohne Nachrichten? Wie News-Deprivation mit Wissen, demokratie-relevanten Einstellungen und dem Informationsverhalten zusammenhängt*. Universität Zürich, 2025. www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:6fd74360-2b91-4e74-b0ef-fc39294510af/JB_2025_Studie_II_Wissen-ohne-Nachrichten_20251103_final.pdf.

Fotomuseum Winterthur. «Das Fotomuseum Winterthur erklärt die Schweiz zum Fake. Medienmitteilung». 6. Mai 2025. www.fotomuseum.ch/wp-content/uploads/2025/05/FMW25_Pressemitteilung_SIF_DE.pdf.

Gesellschaft für Informatik e.V, Hrsg. «Dagstuhl-Erklärung. Bildung in der digitalen vernetzten Welt». 2016. https://dagstuhl.gi.de/dagstuhl-erklaerung.

gfs.bern. *DSJ Jugend- und Politikmonitor 2023: Die Politisierungswelle der letzten Jahre flacht zunehmend ab*. Bern, 2023. www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2023/09/dsj-jugend-und-politikmonitor-2023_schlussbericht_def.pdf.

gfs.bern, und DSJ. *Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor 2025: Politisch interessierte Jugendliche in einer (zu) komplexen Welt*. Bern, 2026. www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2026/02/demokratie_monitor_de-1.pdf.

Gilster, Paul. *Digital Literacy*. John Wiley, 1997. https://archive.org/details/digitalliteracy0000gils.

Himmelmann, Gerhard. *Demokratie Lernen als Lebens- Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Wochenschau, 2016. https://www.wochenschau-verlag.de/Demokratie-Lernen/40322

Hubacher, Manuel. *Politische Bildung im Zeitalter der KI*. 4. Juni 2026. www.defacto.expert/2026/06/04/politische-bildung-im-zeitalter-der-ki/.

Hubacher, Manuel, Monika Waldis, und Zentrum für Demokratie Aarau. *Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen*. Aarau, 2021. https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-33255-6.

Jenkins, Henry. *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education for the 21st Century. An Occasional Paper on Digital Media and Learning.* Reports - Evaluative. MacArthur Foundation, 2006. https://files.eric.ed.gov/fulltext/ED536086.pdf.

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK). «Rahmenlehrplan für Fachmittelschulen». 25. Oktober 2018. https://edudoc.ch/record/133116/files/FMS_rahmenlehrplan_d.pdf.

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK). «Rahmenlehrplan Gymnasiale Maturitätsschulen». 20. Juni 2024. https://edudoc.ch/record/232281/files/Rahmenlehrplan-maturitatsschulen.pdf.

Külling, Céline, Gregor Waller, Lilian Suter, Jael Bernath, Isabel Willemse, und Daniel Süss. *JAMES-focus - Hassrede im Internet*. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, 2021. https://digitalcollection.zhaw.ch/server/api/core/bitstreams/511f6b8e-e8cc-4042-90a2-19722dd4e7b6/content.

Kümpel, Anna Sophie, und Michael V. Reiss. *The HIPUD Model: An Affordance-Based Framework for* Studying *Information Use with Gen-AI Chatbots*. Department of Media and Communication, LMU Munich, o. J. Zugegriffen 19. Juni 2026. https://osf.io/preprints/socarxiv/45qnm_v1.

Laurent, Bernhard, und Laura Scaperrotta. *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020*. FORS, ZDA, LINK, 2020. www.voto.swiss/wp-content/uploads/2020/03/VOTO_Bericht_09.02.2020_DE.pdf.

Madeux, Alessio, Pierre Lüssi, Rea Tanner, und Viviane Vogel. *Jugend und Politik im Kanton Zürich. Capstone-Projekt des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern des Kanton Zürichs.* Zürich, 2021. www.zh.ch/content/dam/zhweb/bilder-dokumente/footer/news/2021/07/studie_capstonebericht_jugend_und_partizipation.pdf.

Materna, Georg, Achim Lauber, und Niels Brüggen. *Politisches Bildhandeln. Der Umgang Jugendlicher mit* visuellen *politischen, populistischen und extremistischen Inhalten in sozialen Medien*. Bd. 23. Medienpädagogik. Kopaed, 2021.www.jff.de/fileadmin/user_upload/Materna_Lauber_Brueggen__1_.pdf.

Mihailidis, Paul, und Benjamin Thevenin. *Media Literacy as a Core Competency for Engaged Citizenship in Participatory Democracy*. American behavioral scientist, 2013. https://mdlab2013.wordpress.com/wp-content/uploads/2013/07/paul-mihailidis-benjamin-thevenin.pdf.

Moser, Heinz. «Digital Citizenship als Leitlinie der Medienbildung». In *Medien - Wissen - Bildung.* Medienbildung *wozu?*, herausgegeben von Theo Hug, Tanja Kohn, und Petra Missomelius. Innsbruck University Press, 2016. https://doi.org/10.25969/mediarep/1471.

Nef, Susanne, Jasmin Gisiger, Olivia Frigo Charles, u. a. *Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren*. Forschungsbericht Nr. 15/22. Beiträge zur Sozialen Sicherheit. Bundesamt für Sozialversicherungen, Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), 2022. https://ekkj.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekkj/02pubblikationen/Berichte/d_22_rap_Politische_Partizipationsformen.pdf

Newman, Nic, Richard Fletcher, David A. L. Levy, und Rasmus Kleis Nielsen. *Reuters Institute Digital News Report 2016*. Reuters Institute for the Study of Journalism, 2016. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/research/files/Digital%2520News%2520Report%25202016.pdf.

Newman, Nic, Richard Fletcher, Craig T. Robertson, Amy Ross Arguedas, und Rasmus Kleis Nielsen. *Reuters Institute Digital News Report 2024*. Reuters Institute for the Study of Journalism, 2024. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2024-06/RISJ_DNR_2024_Digital_v10%20lr.pdf.

Newman, Nic, Amy Ross Arguedas, Craig T. Robertson, Rasmus Kleis Nielsen, und Richard Fletcher. *Reuters Institute Digital News Report 2025*. Reuters Institute for the Study of Journalism, 2025. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2025-06/Digital_News-Report_2025.pdf.

Potter, James W. *Media Literacy*. SAGE Publications, 2022. https://collegepublishing.sagepub.com/products/media-literacy-10-259341.

Räss, Nora, Ira Differding, und Jasmin Odermatt. *Jugend, politische Partizipation und Digitalisierung: Eine Analyse der digitalen politischen Partizipation junger Menschen in der Schweiz*. VDF Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, 2021. https://dsj.ch/wp-content/uploads/2024/04/Studie_-_Jugend__politische_Partizipation_und_Digitalisierung.pdf.

Reinhardt, Sibylle. «Was leistet Demokratie-Lernen für die politische Bildung? Gibt es empirische Indizien zum Transfer von Partizipation im Nahraum auf Demokratie-Kompetenz im Staat? Ende einer Illusion und neue Fragen». In *Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92534-9.

Ribble, Mike S., Gerhard D. Bailey, und Tweed W. Ross. «Digital Citizenship: Appropriate Technology Use». *Learning & Leading with Technology*, 2004. https://scispace.com/pdf/digital-citizenship-addressing-appropriate-technology-4mjy7dqrrl.pdf.

Rothenbühler, Martina, Franziska Ehrler, und Kathrin Kissau. *CH@YOUPART Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*. Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS, 2012. www.sbfi.admin.ch/dam/it/sd-web/AJ7fXUwYViap/CH%40YOUPART%20-%20Politische%20Partizipation%20junger%20Erwachsener%20in%20der%20Schweiz.pdf.

Ruiz Diaz, Carlos. *Market-oriented disinformation research: Digital advertising, disinformation and fake news on social media.* Routledge. Abingdon, 2025. www.taylorfrancis.com/reader/download/e68f58f4-7562-485d-aa05-e94251dfdabc/book/pdf?context=ubx.

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF. *Bildungsbericht Schweiz 2023*. Aarau, 2023. www.skbf-csre.ch/fileadmin/files/pdf/bildungsberichte/2023/BiBer_2023_D.pdf.

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF. *Bildungsbericht Schweiz 2026*. Aarau, 2026. www.skbf-csre.ch/fileadmin/files/pdf/bildungsberichte/2026/BiBer_2026_DE.pdf.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). «Rahmenlehrplan für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung». 9. April 2025. https://www.sbfi.admin.ch/dam/de/sd-web/6J7xFxDA7Kj4/.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). «Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität». 13. Juni 2025. https://www.sbfi.admin.ch/dam/de/sd-web/umUlonTbNY5o/Rahmenlehrplan_de_web.pdf.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). «Rahmenlehrpläne für Berufsbildungsverantwortliche». März 2025. https://www.sbfi.admin.ch/dam/de/sd-web/PBkkFL3FcZ0g/DE_Rahmenlehrplaene%20SBFI%2025_def.pdf.

Tadlaoui-Brahmi, Ania, Kostanca Çuko, und Lionel Alvarez. *Digital Citizenship in Primary Education: A Systematic Literature Review Describing How It Is Implemented*. Social Sciences & Humanities Open, 2022. www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2590291122001024?via%3Dihub.

Thommen, Stefan, Raphael Eichenberger, und Stefano Sasso. *Medienmonitor 2024. Eine Untersuchung der Publicom AG im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation*. Publicom AG, 2025. www.medienmonitor-schweiz.ch/uploads/media/default/0001/02/MMS_2024_Jahresbericht.pdf.

Torney-Purta, Judith, Rainer Lehmann, Hans Oswald, und Wolfram Schulz. *Citizenship and Education in Twenty-eight Countries. Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen*. IEA, 2001. www.iea.nl/sites/default/files/2019-04/CIVED_Phase2_Age_Fourteen.pdf.

Tresch, Anke Daniela, Line Rennwald, Lukas Lauener, u. a. *Eidgenössische Wahlen 2023. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. FORS-Lausanne, 2024. https://doi.org/10.24447/SLC-2024-00001.

Vuorikari, Riina, Stefano Kluzer, und Yves Punie. «DigComp 2.2 The Digital Competence Framework for Citizens - With new examples of knowledge, skills and attitudes». Publications Office of the European Union, 17. März 2022. https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC128415.

Waldis, Monika, Marco Lupatini, und Jean-Charles Butter. *Zum Stand der Politischen Bildung an* Schweizer *Pädagogischen Hochschulen. Bericht zuhanden der PH Kammer.* 2026.

Widmaier, Benedikt, und Peter Zorn, Hrsg. *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*. Schriftenreihe Band 1793. Schriftenreihe. Bundeszentrale für politische Bildung, 2016. www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/1793_Beutelsbacher_Konsens_ba.pdf.

Anhang

Massnahmen und Aktivitäten des Bundes im Bereich der politischen Bildung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Medienbildung

Zusammenfassende Darstellung bundesseitiger Massnahmen als Fortführung der Dokumentationen aus den Jahren 2018 und 2021 zur politischen Bildung in der Schweiz.[117] Die Massnahmen wurden von den zuständigen Bundesstellen gemeldet und durch diese beschrieben. Die Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Legende:

OS	Obligatorische Schule (Primar- und Sekundarstufe I)
Sek II	Sekundarstufe II (gymnasiale Maturitätsschulen, Fachmittelschulen, berufliche Grundbildung)
Tertiär	Höhere Berufsbildung (Berufsprüfung, Höhere Fachprüfung und Höhere Fachschule), Hochschulen (Pädagogische Hochschule [PH], Fachhochschule und Universität/ETH)
All. Pub.	Allgemeines Publikum; informelle und nichtformale Weiterbildungen[118] für alle Altersklassen

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)						
Staatssekretariat	Zwischen 2021 und 2024 hat die Schweizerische UNESCO-Kommission mit Partnerorganisationen (Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG, Pro Futuris) ein umfangreiches Projekt zur Förderung der Global Citizenship Education im Bereich der nicht formalen und informellen Bildung in der Schweiz durchgeführt.	Es handelt sich um den «Rat der Zukunft U24», der sich aus 80 jungen Erwachsenen zusammensetzte, die repräsentativ ausgelost wurden. Das Thema psychische Gesundheit wurde nach einer schweizweiten Umfrage unter 20'000 jungen Erwachsenen ausgewählt. Der Zukunftsrat U24 erarbeitete daraufhin im Jahr 2023 Empfehlungen für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. (Citizenship bedeutet, sich politisch einzubringen und teilzuhaben, Global Citizenship heisst, dass Herausforderungen von globaler Relevanz durch gesellschaftliches Engagement angegangen werden. Global Citizenship Education GCED wird deshalb als politische Bildung mit globaler Perspektive verstanden (https://www.unesco.ch/education/transformativebildung/).				X

[117] s. Bundesratsbericht in Erfüllung des Postulats 16.4095 Caroni «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau», 2018, sowie «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau. Entwicklungen 2018-2021», 2021.

[118] Im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung (SR **419.1**) umfasst die nichtformale Bildung die strukturierte Bildung ausserhalb der formalen Bildung (obligatorische Schule, Sekundarstufe II und Tertiärstufe), während informelle Bildung Kompetenzen bezeichnet, die ausserhalb strukturierter Bildung (Kurse mit Lehrkräften) erworben werden.

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	Publikation: «Empfehlung der UNESCO zur Bildung für Frieden, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung (2023) - in Kürze»	2023 einigte sich die internationale Staatengemeinschaft auf eine weltweite Empfehlung zur Zukunft der Bildung. Das Dokument enthält Leitlinien für Bildung, deren Inhalte, Organisation und Beitrag zu Frieden und nachhaltiger Entwicklung. Die Empfehlung wurde erarbeitet, um Länder dabei zu unterstützen, ihre Bildungssysteme fit für das 21. Jahrhundert zu machen.				X
	Jährliche Konferenz «Plattform Bildung 2030»	Mit der «Schweizer Plattform Bildung 2030» möchte die Schweizerische UNESCO-Kommission einen regelmässigen Austausch unter den diversen Akteuren ermöglichen und Vernetzungen unterstützen, um Synergien für die erfolgreiche Umsetzung der Bildungsagenda 2030 in der Schweiz zu schaffen. Regelmässig werden Themen im Zusammenhang mit der politischen Bildung behandelt, u. a. an der jährlichen Konferenz 2025 zum Thema «Bildung zwischen Krisen und Chancen: Impulse aus der UNESCO-Empfehlung zu Bildung für Frieden, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung».				X
	Auftrag an éducation21 für eine Studie: «Empfehlung der UNESCO zur Bildung für Frieden, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung: Bestandsaufnahme und Umsetzungsvorschläge» (s. Abstract zu Bestandesaufnahme und Umsetzungsempfehlungen)	Die Schweizerische UNESCO-Kommission hat die Stiftung éducation21 beauftragt, eine Bestandsaufnahme zu erstellen und Vorschläge zur Umsetzung der UNESCO-Empfehlung zur Bildung für Frieden, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung im Schweizer Bildungswesen zu formulieren. Die Zusammenfassung der Studie wird 2026 von der UNESCO-Kommission veröffentlicht und zugänglich gemacht.				X
	Aktivitäten der Sektion Menschenrechtsdiplomatie der Abteilung Frieden und Menschenrechte zum Thema Menschenrechtsbildung	- Unterstützung der Menschenrechtsfilmfestivals in Genf, Zürich und Lugano, die Menschenrechtsbildung für Sekundar-, Gymnasial- sowie Berufsschülerinnen und -schüler anbieten. - Punktuelle fachliche Beiträge an Workshops und Weiterbildungsanlässen von Schweizer NGO.		X	X	X
	Master in Mediation	Die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich hat in Zusammenarbeit mit dem EDA im November 2017 den Master of Advanced Studies ETH Mediation in Peace Processes lanciert. Der Studiengang ist auf die Mediation in Friedensprozessen bei internationalen politischen Konflikten ausgerichtet.				X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	Vorträge und Weiterbildungsangebote zur Europapolitik und den Beziehungen Schweiz-EU	In Erfüllung des Informationsauftrags zur Europapolitik und den Beziehungen Schweiz-EU werden Vorträge für interessierte Zielgruppen gehalten.		X	X	X
Direktion für Völkerrecht DV	Themenbereich Kinderrechte und Terrorismus	- Erarbeitung eines Handbuches und von Schulungsunterlagen zum Umgang mit Kindern, die sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben, durch das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC). - Durchführung regionaler Schulungsanlässe durch das International Institute for Justice and the Rule of Law für Richterinnen, Staatsanwältinnen, Polizistinnen und Behörden des Strafvollzugs auf der Grundlage des Neuchâtel Memorandum über gute Praktiken der Jugendstrafjustiz in der Terrorismusbekämpfung.			X	X
	International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)	Die Schweiz präsidierte 2017 die IHRA. Dabei hat das EDA verschiedene Projekte in der Schweiz unterstützt, deren Ziel es ist, die im Rahmen von Ausstellungen sowie reellen und virtuellen Begegnungen mit Holocaust-Überlebenden das Wissen über und die Erinnerung an den Holocaust zu erhalten.				X
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA	Project Humanity – Lehrmittel und Schulprojekt zum Thema Werteorientierte Bildung – der nächsten Generation Zugang zu humanitären Prinzipien und Werten verschaffen	In Zusammenarbeit mit der PH Zug wurde ein vom Schweizerischen Roten Kreuz, der International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies sowie dem International Committee of the Red Cross unterstütztes Schulprojekt lanciert, das es jungen Menschen erlauben soll, ihr Interesse für die humanitären Prinzipien zu wecken.	X			
	International Cooperation Forum Switzerland, Sensibilisierungsmassnahmen und Vorträge an öffentlichen Schulen, Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten zu Themen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe	Themen: Internationale Zusammenarbeit der Schweiz, Humanitäre Hilfe, Migration, Flucht, Rolle der DEZA im globalen Migrationsdialog, globale Ernährungssicherheit, nachhaltige Nahrungsmittelsysteme, Wasserfussabdruck, Wasserrisiko, globale Gesundheit, Agenda 2030 und Ziele für nachhaltige Entwicklung SDG.				X
	Lehrmittel «Flucht»: Das Lehrmittel soll Schülerinnen und Schülern dabei helfen, mit dieser komplexen Problematik	In Zusammenarbeit mit der PH St. Gallen wurde ein vom Staatssekretariat für Migration SEM sowie von der Eidgenössischen Migrationskommission EKM und der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR unterstütztes Schulprojekt lanciert. Die Module umfassen ein	X			

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	umzugehen und ihre eigene Meinung zu bilden.	allgemeines Einstiegssetting zum Thema Flucht, verschiedene Aufträge zu ausgewählten Fluchtgeschichten, Informationen und Aufgabenstellungen zum Schweizer Asylprozess und ein Abschlusssetting zur Thematik Integration.				
	DEZA-Newsletter	Der DEZA-Newsletter erscheint alle zwei Monate und enthält aktuelle Informationen zur Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe der Schweiz.				X
	Unterstützung von éducation21	S. Bundesamt für Umwelt BAFU	X			
	Projekte und Programme in Entwicklungs- und Schwellenländern	Politische Bildung ist auch ein Aspekt verschiedener Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland, beispielsweise in Gouvernanzprogrammen oder für den Umgang mit globalen Herausforderungen wie Wasser und Klima. In einigen Fällen wird auch die Medienbildung unterstützt, zum Beispiel mit der Fondation Hirondelle. - Dazu kommen Programme zur Unterstützung der Arbeit von Parlamenten, beispielsweise via eine Zusammenarbeit mit den Schweizer Parlamentsdiensten, wobei die Partnerländer vom Schweizer Wissen im Bereich politsicher Bildung profitieren (z. B in Nordmazedonien und Albanien). - Die Sektion Klima, Katastrophenvorsorge und Umwelt der DEZA hat mit dem United Nations Institute for Training and Research UNITAR für Entwicklungsländer nationale Lernstrategien zum Thema Klimawandel erarbeitet, um diese Thematik in Lehrpläne einzubauen. Dazu kamen länderübergreifende Austausche zwischen Jugendlichen. - Online-Kurse Klimawandel: Über die Webseite von UNITAR wird mit Unterstützung der DEZA ein breites Online-Lernangebot zum Klimawandel angeboten. - Das Globalprogramm Wasser unterstützt Jugendliche und junge Berufstätige bei Sensibilisierungsmassnahmen zur Wasserthematik und fördert deren Fähigkeit, sich im politischen Dialog zu Wasserthemen einzubringen, beispielsweise im Rahmen des European Youth Parliament for Water.				X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		- Die DEZA hat das Konzept Blue School mitentwickelt, das zum Ziel hat, bei Schulkindern Wissen zum Wasserzyklus und zum schonenden Umgang mit Wasserressourcen zu fördern.				
	Regelmässige Vorträge zum Auftrag und der Arbeit der DEZA	In verschiedenen schulischen und hochschulischen Zusammenhängen stellt die DEZA ihre Arbeit, ihren Auftrag und ihre Organisation vor. So beispielsweise regelmässig an der Fachhochschule Luzern.		x	x	
Eidgenössisches Departement des Inneren (EDI)						
Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB	Finanzhilfen an Bildungsprojekte in Schulen zu den Themen rassistische Diskriminierung und Menschenrecht	Die FRB leistet seit 2001 Finanzhilfen an Bildungsprojekte in Schulen zu den Themen rassistische Diskriminierung und Menschenrechte. Die Stiftung éducation21 ist die zentrale Anlaufstelle für die Themen Antirassismus- und Menschenrechtsbildung. Sie initiiert, begleitet und evaluiert die von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung unterstützten Projekte im schulischen Bereich. Die Projekte behandeln Themen wie den Umgang mit Fremden, Ausgrenzungsmechanismen, Zivilcourage, den Holocaust sowie Diskriminierung und Rassismus im Alltag.	X			
Bundesamt für Gesundheit BAG	Unterstützung von éducation21	S. Bundesamt für Umwelt BAFU	X			
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV	Förderung von BNE	Das BLV hat die Erarbeitung von Unterrichtsvorschlägen für Lehrpersonen zum Thema gesunde, ausgewogene und nachhaltige Ernährung mitfinanziert. Die Arbeiten hatten zum Ziel, die Ernährungsbildung in der Schule und im Unterricht zu optimieren und damit einen Beitrag zur BNE zu leisten.	X			
Bundesamt für Kultur BAK	Finanzhilfen an Bildungsprojekte zu Jenischen, Sinti und Roma / nomadische Lebensweise	Das BAK hat mehrere Projekte zur Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zur Sensibilisierung für die Geschichte und Gegenwart der Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma unterstützt. Ausserdem hat das BAK Kantone unterstützt, die Informations- und Begleitmaterial für Lehrpersonen entwickelt haben, die mit Schüler/innen mit fahrender Lebensweise konfrontiert sind.	X			X
	Stärkung der kulturellen Teilhabe	Die Stärkung der kulturellen Teilhabe ist eine der drei strategischen Handlungsachsen der Kulturpolitik des Bundes. Kulturelle Teilhabe zu stärken bedeutet, die individuelle und kollektive Auseinandersetzung mit Kultur und die aktive Mitgestaltung des kulturellen Lebens					X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		anzuregen. Das BAK unterstützt auf Gesuch Vorhaben und Projekte zur Stärkung der kulturellen Teilhabe.				
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV	Finanzhilfen gemäss KJFG zur Unterstützung der ausserschulischen Arbeit und damit zur Förderung der Beteiligung und der sozialen, kulturellen und politischen Integration von Kindern und Jugendlichen	Die Politik der Kinder- und Jugendförderung unterstützt die Entwicklung, die Beteiligung und die Autonomie von Kindern und Jugendlichen. Die Umsetzung trägt auch Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g BV Rechnung, wonach Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt werden. Die Hauptakteure sind Jugendverbände und -organisationen sowie die Kantone und Gemeinden. Die regelmässigen Aktivitäten, Angebote und Dienstleistungen von Organisationen sowie auch Projekte der politischen Beteiligung auf Bundesebene, können mit Finanzhilfen gemäss KJFG unterstützt werden.				X[119]
	Koordination der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention in der Schweiz und Finanzhilfen im Rahmen des Kredits «Kinderrechte»	Der Bund setzt sich dafür ein, die UNO-Kinderrechtskonvention besser bekannt zu machen und die Umsetzung dieser Konvention zu koordinieren. 2021 hat der Bundesrat entschieden, Organisationen zu unterstützen, die die Aus- und Weiterbildungsakteure für Kinderrechte sensibilisieren. Dies geschieht über Finanzhilfen, die während sieben Jahren ausgerichtet werden (Schwerpunkt 2022–2028).				X
	Nationale Plattform Jugend und Medien zur Förderung von Medienkompetenz	Jugend und Medien ist die nationale Plattform des Bundes zur Förderung von Medienkompetenz. Sie richtet sich an Eltern und Fachpersonen mit dem Ziel, Kindern und Jugendlichen einen altersgerechten, sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen. Im Zentrum ihrer Tätigkeiten stehen die Information und Sensibilisierung zu wichtigen Themen, Chancen und Risiken.				X
	Finanzhilfen zur Förderung der Medienkompetenz und Prävention (Art. 29 Abs. 3 JSFVG)	Der Bund kann gemäss JSFVG Art. 29 Abs. 3 überregionale Aktivitäten oder Modellprojekte finanziell unterstützen, die die Medienkompetenzförderung und die Prävention von Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung digitaler Medien zum Ziel haben und somit der Sensibilisierung, Vernetzung oder fachlichen				X

[119] Zielgruppe des KJFG: in der Schweiz wohnhafte Kinder und Jugendliche, vom Schuleintrittsalter bis 25 Jahre (30 Jahre für junge Menschen, die innerhalb einer privaten Organisation eine freiwillige Betreuungs- oder Leitungsfunktion übernehmen).

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		Weiterentwicklung dienen. Dafür hat das Parlament dem BSV im Dezember 2025 einen Kredit von jährlich 2 Millionen Franken zugesprochen. Unterstützungsmöglichkeiten bestehen für nicht gewinnorientierte privat- oder öffentlich-rechtliche Organisationen sowie Kantone und Gemeinden.				
	Leitfaden Partizipation	Im Rahmen seiner Strategie 2021-2025 hat sich das BSV zum Ziel gesetzt, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Kinder und Jugendliche sollen an allen sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen mitwirken können – mit Zugang zu relevanten Informationen und der Möglichkeit, ihre Meinung frei zu äussern. Damit ihre Anliegen in der Bundesverwaltung systematischer berücksichtigt werden, hat das BSV eine Bestandesaufnahme, ein Konzept und einen Leitfaden erarbeiten lassen. Diese Grundlagen helfen Mitarbeitenden der (Bundes-)verwaltung, geeignete Beteiligungsformate gezielt anzuwenden. Der Leitfaden bietet praxisnahe Hilfsmittel, um junge Menschen wirksamer in Entscheidungsprozesse einzubinden.				X
	Nationales Forum Politische Bildung & wissenschaftliche Diskussionsbeiträge Politische Bildung	Am 4. November 2025 fand das erste Nationale Forum Politische Bildung in Bern statt. Es wurde vom BSV gemeinsam mit der IFC konzipiert und vom Campus Demokratie (Stiftung Dialog) organisiert. Das Nationale Forum Politische Bildung verfolgte das Ziel, Fachpersonen zusammenzubringen, um die Sichtbarkeit der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen sowie den Austausch unter den Akteuren in der Schweiz zu stärken. In Referaten, Podiumsdiskussionen und Workshops wurden unterschiedliche Ansätze der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche vorgestellt und diskutiert. Das Nationale Forum Politische leistete einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und Weiterentwicklung der politischen Bildungslandschaft in der Schweiz. Neben dem Forum wurden auch 9 Diskussionsbeiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu verschiedenen Perspektiven auf die Politische Bildung verfasst, die im Herbst 2026 publiziert werden.				X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
Eidg. Kommission für Frauenfragen EKF	Lerneinheit 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz	Im Lernmodul «50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz» der EKF erkunden Schülerinnen und Schüler die Meilensteine der Gleichstellung in der Schweiz, lernen Pionierinnen des Frauenstimmrechts kennen und testen das eigene Wissen. Methodisch variantenreich (Einschätzungsfragen, Quiz, Bilder, Archivvideos u.a.), spannt das Lernmodul den Bogen von der Vergangenheit zu Fragen der Gegenwart. Dadurch leistet es einen Beitrag zum Verständnis der aktuellen Situation und sensibilisiert für die heutigen Herausforderungen.		X		
Eidg. Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB	Behindertenpolitik 2023-2026: Teilrevision BehiG und Programm Partizipation	Verbesserung Rechte, Inklusion und politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen: TR BehiG[120] und das geplante neue Inklusionsgesetz (im Parlament) sollen die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen verbessern. Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen steht als Hauptziel des BePo-Programms Partizipation. Sensibilisierungsaktion wie die Nationalen Aktionstage Behindertenrechte 2024 wurden durchgeführt oder unterstützt.				X
	Finanzhilfe zur Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen	Unterstützung an Projekte aus der Praxis: Beiträge zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen an Pilotversuche zur Integration ins Erwerbsleben sowie für besondere Massnahmen für sprach-, hör- oder sehbehinderte. In den letzten Jahren wurden mehrere Projekte zur Förderung von effektiver politischer Partizipation und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen unterstützt.	X	X	X	X
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)						
Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung SIR	Einführungsveranstaltungen im SIR	Veranstaltung für Studierende aller Rechtsfakultäten und teilweise auch andere Gruppen u. a. zu den Themen Gesetzgebungsprozesse ausländischer Rechtssysteme im Allgemeinen und der Rolle der Rechtsvergleichung im Besonderen.			X	
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)						
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik SEPOS	Lehrmittel «Wie sicher sind wir?»	Das hybride Bildungsmedium, bestehend aus der 90-seitigen Broschüre im Format A4 und der Website, bringt den Lernenden von Maturitäts- und Berufsfachschulen die facettenreichen		X	X	

[120] s. www.ebgb.admin.ch > Behindertenpolitik > Teilrevision BehiG.

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		Handlungsfelder der Schweizer Sicherheitspolitik näher. Es ermöglicht ihnen die entdeckende Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Bedrohungen und Gefahren (inkl. Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation) sowie mit den entsprechenden sicherheitspolitischen Institutionen und Massnahmen. Herausgegeben wird das Bildungsmedium von der PH Luzern und dem Staatssekretariat für Sicherheitspolitik in Zusammenarbeit mit der Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana sowie dem hep Verlag und den Éditions Loisirs et Pédagogie. Es kann unentgeltlich in allen Amtssprachen bestellt werden.				
Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)						
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV	Informationen und Ausbildung betreffend das schweizerische Steuersystem und die Mitwirkungspflichten im Steuerwesen	- Broschüren und Website www.steuern-easy.ch - Vortragsservice an Schulen		X		X[121]
Eidgenössische Zollverwaltung EZV	Berufliche Aus- und Weiterbildung (Basisausbildung) Fachspezialist Zoll und Grenzsicherheit mit eidgenössischem Fachausweis	Im Rahmen der Basis- und Weiterbildungen werden fachspezifisch u. a. die folgenden Themen behandelt: Aufgaben und Organisation EZV, Grundlagen des Rechts, Aufbau Rechtsstaat, Internationale Abkommen, Menschenrechte / Berufsethik.	X	X		
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)						
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI	Unterstützung der Kooperation zwischen der PH Luzern und der Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem und Blended Learning Seminare zum Thema Memories of Europe: War, Racism and Antisemitism	Weiterentwicklung der Studienaufenthalte angehender Lehrpersonen in Yad Vashem zu den Thematiken Erinnerung und Antisemitismus / Holocaust Education (je nach politischer Entwicklung Reisen zu historischen Orten des Holocaust in Polen) Seminare in der Verschränkung von erinnerungskultureller Forschung und Public History.			X	
	Unterstützung des akademischen Netzwerks für die Stärkung von Lehrpersonen für die Demokratie- und Friedensbildung, geleitet von der PH Zürich	Durch die internationale Vernetzung wird die Didaktik der Demokratie- und Friedensbildung weiterentwickelt und gestärkt, auch in Anbetracht der Herausforderungen durch die Digitalisierung. Ziele und Inhalte: Entwicklung neuer Lehr-Lern-Formate auf Hochschulebene und Instrumente für den Unterreicht; Empfehlungen für			X	

[121] Nur die Broschüren und Webseite adressieren die allgemeine Öffentlichkeit.

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		Hochschulleitungen und Bildungsbehörden; Etablierung einer Plattform.				
	Allgemeinbildung auf Sekundarstufe II für alle beruflichen Grundbildungen	Die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung vermittelt grundlegende Kompetenzen zur Orientierung in der Gesellschaft. Gemäss Rahmenlehrplan gehören dazu unter anderem der kritische Umgang mit der Vielfalt von Quellen und Medieninhalten, vernetztes und systemisches Denken, um sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig handeln zu können, sowie das Erkennen und Analysieren politischer Prozesse, Interessenkonflikte und Machtverhältnisse.		X		
	Berufsmaturität	Im Berufsmaturitätsunterricht wird politische Bildung primär im Ergänzungsfach Geschichte und Politik vermittelt. Gemäss dem entsprechenden Rahmenlehrplan erhalten dadurch Lernende eine historische Orientierung, um sich im laufenden Prozess der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung zu situieren. Vermittelt wird weiter das Grundwissen, um politische Prozesse zu verstehen, die Wechselbeziehung zwischen Politik und Medien zu erkennen und die persönliche Meinungsbildung zu fördern.		X		
	Projektförderung in der Berufsbildung	Der Bund leistet Beiträge für die Förderung von Projekten zur Entwicklung der Berufsbildung und für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse an Dritte (Art. 54 und 55 BBG). Beispiele: - Unterstützung des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente (DSJ) für den Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor) - Der Schweizer Jugend- und Demokratiemonitor ist die schweizweit einzige repräsentative Langzeitstudie, die junge Menschen in Berufsschulen und Gymnasien zu ihrem Vertrauen in demokratische Institutionen, ihrem politischen Interesse und Engagement, zur demokratischen Bildung in Schulen sowie zum Medienkonsum und der Nutzung politischer Informationen befragt. Seit 2016 ist die Studie eine zentrale Referenz zu Jugendthemen und wird regelmässig von Medien, Wissenschaft, Politik und Bund als Quelle genutzt.		X		

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		- «BNE mit Plan» verankert BNE in der beruflichen Grundbildungspraxis. Sechs Lehrpersonen aus sechs Berufsfeldern werden von einer Person der PH Luzern unter Mithilfe einer Person seitens éducation21 pädagogisch, methodisch und fachlich darin begleitet, ein integratives BNE-Verständnis zu entwickeln, in ihren jeweiligen Bildungsplänen BNE-Kompetenzen zu identifizieren, diese KI-unterstützt in Unterrichtsplanungen zu verarbeiten und Unterricht exemplarisch in Bezug zu BNE-Kompetenzen durchzuführen.				
	Gymnasiale Maturität	Die Gymnasien sind im Rahmen der Förderung der vertieften Gesellschaftsreife der Maturandinnen und Maturanden (Bildungsziel gem. Art. 6 MAR/MAV)[122] dazu angehalten, zur politischen Bildung und BNE beizutragen. Mit dem Projekt «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» (Projekt Matu2023) WEGM verfolgten Bund und Kantone das Ziel, unter anderem auch die Vergleichbarkeit der Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung und der BNE zu stärken. Transversale Unterrichtsbereiche wie Interdisziplinarität, BNE, politische Bildung und Digitalität werden durch die revidierten Grundlagen zur Maturität (MAR und MAV, s. insbesondere RLP) gestärkt.		X		
	Nachhaltige Entwicklung in der Berufsbildung: Orientierungshilfe	Die Abschlüsse der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung berücksichtigen Neuentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Bei der Neu- oder Weiterentwicklung der Qualifikationsprofile fliessen die Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung berufsspezifisch mit ein. Eine multidimensionale Definition der nachhaltigen Entwicklung liegt zugrunde, die berücksichtigten Aspekte gehören zur ökologischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Dimension. Unter der Dimension «Gesellschaft» werden Aspekte wie Chancengleichheit und -gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und Partizipation als Elemente der beruflichen Kompetenzen behandelt.		X	X	

[122] Maturitäts-Anerkennungsreglement vom 22. Juni 2023 und Maturitäts-Anerkennungsverordnung vom 28. Juni 2023., sowie Rahmenlehrplan gymnasiale Maturitätsschulen vom 20. Juni 2024.

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	Stärkung einer Nachhaltigkeitskultur an Schweizer Hochschulen (PgB 2025-2026)	Mit projektgebundenen Beiträgen gemäss Art. 59 HFKG unterstützt der Bund Programme und Projekte von gesamtschweizerischer hochschulpolitischer Bedeutung. Mit diesem PgB-Projekt wird die institutionelle Verankerung der Nachhaltigkeit in einem umfassenden Ansatz an Hochschulen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Gesellschaft und die Verbreitung von auf Veränderungen ausgerichtetem Wissen und Kompetenzen gefördert. Einbezogen werden explizit auch Initiativen von Studierenden.			X	
	Open Education and Digital Compentencies (PgB 2025-2026)	Mit diesem Projekt werden die Open Education und Stärkung der Digital Competencies in der Lehre an Hochschulen gefördert. Neben der Befähigung des Lehrkörpers für eine moderne und qualitativ hochwertige Lehre mit Blick auf das «digital instructional designs» sollen auch explizit mit «computational competencies» die Problemlösekompetenzen aller Studierenden verbessert werden. Dies setzt eine kritische Auseinandersetzung mit Desinformation und eine grundlegende Medienbildung voraus.			X	
	Als Träger des ETH-Bereichs erwartet der Bundesrat gemäss den strategischen Zielen für den ETH-Bereich für die Jahre 2025–2028 explizit, dass dieser in seinen Studiengängen einen interdisziplinären Ansatz wählt, eine u.a. den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasste Aus- und Weiterbildung anbietet, sowie aktuelle Entwicklungen u.a. in der Digitalisierung und in der künstlichen Intelligenz aufnimmt.	Der Bundesrat legt die strategischen Ziele für den ETH-Bereich für jeweils vier Jahre fest. Sie sind zeitlich und inhaltlich auf den Zahlungsrahmen des Bundes abgestimmt. Die strategischen Ziele sind übergeordneter Natur und lassen dem ETH-Bereich bei der Umsetzung einen operativen Spielraum.			X	
Bundesamt für Landwirtschaft BLW	Infoveranstaltungen mit Agridea	In verschiedenen Formaten (Webinar, Infoveranstaltungen, etc.) werden aktuelle agrarpolitische Themen der Öffentlichkeit erläutert.				X[123]

[123] Zielgruppe sind Akteure aus der Landwirtschaft (Landwirte und Landwirtinnen, Lehrer, Unternehmen, Grüne Presse) aber es ist offen für alle interessierten Personen.

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	Unentgeltliche Referate im Rahmen von Ausbildungsgängen der Landwirtschaftsschulen (Betriebsleiterkurse / höhere Fachschule)	In der Ausbildung zum/r Betriebsleiter*in oder Agrartechniker*in bestreitet das BLW auf Wunsch eine Veranstaltung zu agrarpolitischen Themen und diskutiert offene Fragen mit den Teilnehmenden.			X	
	Referate an Hochschulen HAFL (Berner Fachhochschule) und ETH, Universität Luzern	Mindestens einmal jährlich referiert eine Vertretung des BLW im Rahmen der agrarwissenschaftlichen Studiengänge der HAFL und ETH bzw. besuchen Studierende das BLW und lassen sich über die agrarpolitischen Geschäfte informieren.			X	
	Agrarpolitische Veranstaltungen von Verbänden, Kantonen und Unternehmen	Das BLW referiert auf Anfrage zu agrarpolitischen Fragen an Veranstaltungen wie Tagungen und Weiterbildungsanlässe von landwirtschaftlichen Organisationen (Anlässe kant. Bauernverbände, Delegiertenversammlungen, etc.).				X
Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)						
Bundesamt für Kommunikation BAKOM	Finanzielle Unterstützung von wissenschaftlichen Studien in den Bereichen Medien- & Informationskompetenz	Das BAKOM unterstützt wissenschaftliche Studien, die sich mit verschiedenen Aspekten der Medien- und Informationskompetenz befassen. Die publizierten Studien sind auf der entsprechenden Webpage des BAKOM abrufbar. Seit 2025 fördert das BAKOM zudem eine Studienreihe im Bereich Medienkompetenz, deren Ziel die Entwicklung eines Monitorings sowie die Durchführung einer ersten Feldphase ist.	-	-	-	-
Bundesamt für Umwelt BAFU	Förderung von Bildungsprojekten und -programmen im Bereich Umweltbildung mittels Finanzhilfen	Das BAFU fördert im Rahmen der Aus- und Weiterbildung den Erwerb von umweltspezifischen Kompetenzen von Fach- und Führungskräften, welche für den korrekten Vollzug der Umweltgesetze verantwortlich sind. Zudem unterstützt das BAFU die Entwicklung, Umsetzung und wirkungsorientierte Qualitätssicherung von Programmen und Projekten von mehrheitlich national ausgerichteten Organisationen der Umweltbildung und der BNE mittels Finanzhilfen. Diese Förderung zielt darauf ab, den Erwerb umweltspezifischer Kompetenzen von Lehrpersonen verschiedener Bildungsstufen zu unterstützen. Weiter fördert das BAFU die Entwicklung thematischer Lehr- und Lernmaterialen zu seinen strategischen Schwerpunkten und prioritären Handlungsfeldern wie biologische Vielfalt, Klima, Naturgefahren oder Kreislaufwirtschaft.	X	X	X	

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		Damit leisten die Aktivitäten des BAFU im Bereich Bildung einen grundlegenden Beitrag zur Erreichung der umweltpolitischen Ziele der Schweiz.				
	Unterstützung von éducation21	Éducation21 ist das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für BNE in der Schweiz. Ihr Ziel ist, dass Kinder und Jugendliche in Schule und Unterricht Kompetenzen erwerben, die sie zu einer aktiven, kritisch reflektierenden Beteiligung an einer Nachhaltigen Entwicklung befähigen. Éducation21 ist eine Fachagentur der EDK und wird vom Bund mitgetragen. Éducation21 unterstützt in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit schulinternen und -externen Akteuren die praxisorientierte Verankerung, Umsetzung und Weiterentwicklung von BNE in der Schule im Sinne eines Lern-, Lebens- und Arbeitsortes. Sie stellt für Lehrpersonen u. a. für die BNE-Inhalte zusammen und bereitet diese in Form von Themendossiers auf. Education 21 ist zudem für die Koordination des nationalen Schulnetz21 zuständig. Das Schulnetz21 umfasst Schulen, die eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Entwicklung verfolgen und BNE in Schule und Unterricht verankern. Die finanzielle Unterstützung läuft über die DEZA.	X	X		
Bundesamt für Energie BFE	Unterstützung von éducation21	S. Bundesamt für Umwelt BAFU EnergieSchweiz unterstützt é21 via die DEZA noch bis Ende 2026. Danach wird die Finanzierung voraussichtlich eingestellt.	X	X	X	
	Weitere	EnergieSchweiz unterstützt diverse formale und nichtformale Bildungsprojekte im Bereich Energie und Klima.	X	X	X	
Bundeskanzlei (BK)						
BK	**Grundsätzliches** zum Angebot der BK	Die BK trägt zur Medienkompetenz bei, indem sie ihre Informationen in verschiedenen Formaten und auf verschiedenen Kanälen anbietet (print, Web, Social Media, PDF, interaktiv, etc.).	X	X	X	X
	Staatskunde - Broschüre «Der Bund kurz erklärt» (de, fr, it, rm, en)	- Die Broschüre «Der Bund kurz erklärt» (BUKU) bietet staatskundliche und alljährlich aktualisierte Informationen über Politik, Verwaltung und Justiz in der Schweiz. Deshalb wird sie häufig im Staatskundeunterricht von Schulen eingesetzt. - Die didaktischen Unterlagen vermitteln die Themen des BUKU auf vielseitige Art. Sie richten sich an Lehrpersonen, die	X	X	X	X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	- Didaktische Unterlagen zur Broschüre «Der Bund kurz erklärt» (de, fr, it, en) - App CH info (de, fr, it, en) - Informationen zum politischen System der Schweiz auf ch.ch (de, fr, it, rm, en) - Quiz Volksinitiative	Staatskunde unterrichten (Didaktische Unterlagen: Bund kurz erklärt 2025 | hep Verlag). - Die App CH info hat den gleichen Inhalt wie die Broschüre, bietet aber die Vorteile eines Online-Mediums: mit eingebetteten Videos und Links zu weiterführenden Informationen (www.ch-info.swiss). - ch.ch ist ein gemeinsames Portal von Bund, Kantonen und Gemeinden. Verantwortlich für Inhalt, Konzept und Betrieb ist die Bundeskanzlei. Die mehrsprachigen Informationen auf ch.ch bieten verständliche Antworten auf Fragen, die den Behörden oft gestellt werden sowie einen kompakten und leicht verständlichen Überblick über das politische System der Schweiz, die Wahlen und die Abstimmungen (Politisches System und Abstimmungen und Wahlen). - ch.ch liefert zudem praktische Hinweise, wie Desinformation online zu erkennen ist (Desinformation online erkennen). - Auf Auf admin.ch wurde im Rahmen des Tages der Demokratie ein Quiz zur Volksinitiative erstellt. Es wird bei Volksabstimmungen regelmäßig auf X hervorgehoben.				
	Wahl- und Abstimmungsinformationen - Abstimmungserläuterungen des Bundesrates (de, fr, it, rm) - App VoteInfo (de, fr, it, rm) - Erklärvideos zu Abstimmungsvorlagen (de, fr, it, rm, Gebärdensprache de, fr, it)	- Drei bis vier Wochen vor eidgenössischen Volksabstimmungen werden die «Abstimmungserläuterungen des Bundesrates» per Post an jede Stimmbürgerin und jeden Stimmbürger versendet. Sie sind für viele Stimmberechtigte eine wichtige Informationsquelle und zentral für die Meinungsbildung. Die Erläuterungen haben eine Auflage von 5,4 Mio. Exemplaren. - Die App VoteInfo bietet die offiziellen amtlichen Abstimmungsinformationen zu allen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen, in einigen Kantonen auch zu den kommunalen Abstimmungen. Die kommunale Ebene wird laufend ausgebaut. In der App werden Informationen zu den eidgenössischen Wahlen, welche alle 4 Jahre stattfinden, sowie deren Resultate angezeigt, ebenso die Informationen und Resultate der kantonalen Wahlen und zum Teil der kommunalen Wahlen. - Zu sämtlichen Abstimmungsvorlagen des Bundes werden Erklärvideos produziert. Die Videos werden auf der Website, in	X	X	X	X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	- Wahlportal ch.ch (de, fr, it, rm, en) - Wahlanleitung zu den Nationalratswahlen (de, fr, it, rm, Leichte Sprache) - Erklärvideo zum gültigen Wählen (de, fr, it, rm, Gebärdensprache de, fr, it)	der App VoteInfo sowie auf den Social-Media-Kanälen des Bundesrates veröffentlicht. Zudem werden Kurzversionen der Erklärvideos produziert und auf dem Instagram-Kanal des Bundesrates (gov.ch) veröffentlicht. - Alle vier Jahre informiert ch.ch als offizielles Portal die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger umfassend und leicht verständlich zu den eidgenössischen Wahlen. Die Informationen auf dem Wahlportal sind von der BK, den Parlamentsdiensten, dem BfS und den Kantonen gemeinsam erarbeitet. - Die BK gibt die offizielle Wahlanleitung heraus. Diese erklärt, wie in Kantonen mit Proporzsystem gewählt wird und wird von Lehrpersonen häufig im Unterricht verwendet. Die Wahlanleitung hat eine Auflage von 5.4 Mio. Exemplare (Die offiziellen Informationen über die eidgenössischen Wahlen).				
	Politische Informationen auf Social Media - YouTube: Erklärvideos zu politischen Themen der Schweiz (de, fr, it, zum Teil en) - @BR_Sprecher (de, fr, it) - gov.ch (de, fr, it, rm) - @SwissGov (en) - Bundesrats-App	- Die BK informiert über Bundesratsentscheide und zu politischen Themen der Schweiz auch auf den Social-Media-Kanälen des Bundesrates. - Die BK unterhält einen X-Account mit Informationen rund um die Geschäfte und Entscheide des Bundesrats sowie zu anderen politischen Themen. - Ein englischsprachiger X-Account bedient das internationale Publikum und erläutert Positionen, Entscheide und andere Aktivitäten des Bundesrates im Kontext des politischen Systems der Schweiz. - Die BK unterhält einen Instagram-Account mit Informationen rund um die Geschäfte und Entscheide des Bundesrats sowie zu anderen politischen Themen, wie zum Beispiel die Abstimmungen, um ein breiteres Publikum, insbesondere Jugendliche, zu erreichen. Regelmässig werden Infoquiz zu den Abstimmungen publiziert. - Die Bundesrats-App wird Mitte 2027 für Nutzerinnen und Nutzer verfügbar sein. Sie bietet Geschäfte, Tätigkeiten und Entscheide des Bundesrates – von Medienmitteilungen über Beschlüsse bis zu Reden – einfach und gebündelt auf dem Smartphone an. Die App ist ein vertrauenswürdiger Kanal für die offiziellen Informationen von Bundesrat und Bundesverwaltung,				X

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		der unabhängig von den Mechanismen kommerzieller Plattformen funktioniert und vor Beeinflussungs- und Desinformationskampagnen geschützt ist. Die App soll auch in Krisen eine zuverlässige Information der Bevölkerung garantieren.				
	Streaming der Medienkonferenzen des Bundesrates	Die Teilnahme an den Medienkonferenzen des Bundesrates ist den akkreditierten Medienschaffenden vorbehalten. Im Sinne der Transparenz können Interessierte die Medienkonferenzen via Livestream auf YouTube verfolgen, wo sie zudem archiviert werden.				X
	Fünfsprachige Terminologie mit Erläuterungen der Schweizer Institutionen und des politischen Systems	Begriffs- und Wissensbestände in DE/FR/IT/RM/EN direkt abfragbar in TERMDAT, der von der BK betriebenen, öffentlichen Terminologiedatenbank der Bundesverwaltung, oder als eBook «ABC der Politischen Rechte» (Update in Planung), die insbesondere auch von Schulen stark nachgefragt wird.	X	X	X	X
	Dossier «Desinformation» auf ch.ch seit den Nationalratswahlen 2019	Sensibilisierung für das Risiko von Desinformation im Umfeld von Wahlen und Abstimmungen (Desinformation online erkennen).				X
	Austausch und Vernetzung zu politischer Bildung und Demokratieförderung zwischen Bund und Kantonen	Austausch, Sensibilisierung und Identifikation «bester Praktiken» anlässlich des jährlichen Treffens der Wahl- und Abstimmungsleitenden von Bund und Kantonen im Januar 2026 zu den Themen «politische Bildung und Demokratieförderung». Neben der Förderung der Inklusion geht es auch um Möglichkeiten zur Stärkung der Robustheit und Resilienz der direkten Demokratie.				X[124]
	Austausch, Vernetzung Erarbeitung von Empfehlungen zu Massnahmen im Bereich Politische Bildung und Stärkung der Resilienz auf internationaler Ebene	Die Teilnahme am Comité directeur sur la démocratie (CDDEM) des Europarates dient dazu, sich u.a. im Bereich Politische Bildung mit anderen Staaten auszutauschen, um auf internationaler Ebene gemeinsame Standards, gute Praxis und Reformansätze zur Sicherung demokratischer Institutionen zu entwickeln. Die politische Bildung ist Bestandteil der vom Komitee ausgearbeiteten Parameter, mit denen die Reykjavik Prinzipien für Demokratie umgesetzt werden.				X[125]
	Erklärvideo Verfahren VI-Gegenentwurf-Stichfrage für die	Stärkung der Robustheit und Resilienz durch gezielte Information über Prozesse und Verfahren.				X

[124] Kantone.
[125] int. Electoral Management Bodies.

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
	eidg. Volksabstimmung vom 8. März 2026 Erklärvideo zum korrekten Ausfüllen von Unterschriftenlisten für eidgenössische Volksbegehren (de, fr, it, Gebärdensprache de, fr, it)					
	Div. Formate zu Volksinitiativen zum Tag der Demokratie	Quiz zu Volksinitiativen; Workshop für Interessierte (15. September 2021).				X
	Workshop/Informationsveranstaltungen mit den in der Bundesversammlung vertretenen Parteien im Vorfeld der Nationalratswahlen (2019, 2023, 2027)	Informationsveranstaltungen zu den Nationalratswahlen jeweils im Wahljahr mit Schwerpunkt im Bereich Kampagnenführung unter Einbezug verschiedener Bundesstellen sowie von den Intermediären Google, Meta und TikTok. Neben dem Informationstransfer bieten die Veranstaltungen auch eine Austauschplattform und den direkten Kontakt zu den Intermediären.				X[126]
	Rechtsetzung politische Bildung und Demokratieförderung	Erarbeitung von Ausführungsbestimmungen in der Verordnung über die politischen Rechte (VPR)[127] für die neue Rechtsgrundlage für politische Bildung und Demokratieförderung im Rahmen der Teilrevision des BPR (Curia-Nr. 25.047). Gestützt auf die neue Bestimmung (Art. 87*a* BPR) sollen insbesondere Informationen bereitgestellt, Veranstaltungen durchgeführt und mit Kantonen, Gemeinden und der Zivilgesellschaft im Rahmen von Demokratieförderungsprojekten zusammengearbeitet werden. Der Bund kann privaten gemeinnützigen Trägerschaften auch Finanzhilfen für die Durchführung von Projekten der nichtformalen politischen Bildung und der Demokratieförderung gewähren, wobei die Überparteilichkeit gewährt sein muss. Mit diesen Massnahmen soll die demokratische Resilienz und die Beteiligung gestärkt werden.				X
	Jährliche Museumsnacht	Die Bundeskanzlei öffnet im Bundeshaus West die Sitzungsräume des Bundesrats und steht mit Personal für Auskünfte zur				X

[126] Kandidierende Gruppierungen.
[127] SR **161.11.**

Zuständige Stelle	Massnahme	Erläuterung der Massnahme	OS	Sek II	Tertiär	All. Pub.
		Verfügung. Die Bundeskanzlei tut dies als Teil der Aktivitäten der Parlamentsdienste im Parlamentsgebäude.				
	Tag der offenen Tür am 1. August	Analog Museumsnacht.				X
	Jubiläum 175 Jahre Bundesverfassung	Im Jahr 2023 hat unter Beteiligung aller Departemente, der Bundeskanzlei und der Parlamentsdienste, in Federführung der Parlamentsdienste, eine Feier stattgefunden, anlässlich derer die Bundeskanzlei der Öffentlichkeit die Sitzungszimmer des Bundesrats geöffnet und zum politischen Prozess der Bundesratssitzungen informiert hat.				X